Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926] **Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.** [Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße Nr. 50/52**, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich **Mk. 1.60.** Monatlich **55** Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15** Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur **10** Pfg., auswärtige Anzeigen **20** Pfg. — **Inserate** für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr vormittags**, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 183. **Dienstag den 8. August 1905.** 12. Jahrg.

Hierzu eine **Beilage**.

Hie Kapital — hie Arbeit.

Am 19. Juli meldete der Telegraph plötzlich, daß in Glauchau und Meerane eine Anzahl von Färbereiarbeitern in den Ausstand getreten seien. Ueber die Ursache dieses Ausstandes, über die Vorgänge, die sich vor demselben abgespielt hatten, blieb man sich zunächst im Unklaren. Die Arbeiterpresse hatte vorher mit keinem Worte eine Bewegung der Färbereiarbeiter erwähnt. Weder in Artikeln noch in Versammlungen war auf ihre Forderungen Bezug genommen worden.

Dies geschah nicht ohne Ursache.

Als die Arbeiter der dem Ring angehörigen Färbereien mit diesen wegen ihrer Forderungen in Verbindung traten, äußerte der Vorsitzende dieser Organisation den Wunsch, daß bis zum Abschluß dieser Verhandlungen von den Arbeitern nichts über dieselben in die Presse gebracht werden möge. Die Arbeiter haben ihr Wort gegeben, dem entsprechend zu handeln, und haben ihr Wort gehalten, obgleich es sicher mehr in ihrem Interesse gelegen hätte, durch Bekanntgabe ihrer Forderungen und Schilderung ihrer Lage die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen und durch diese ebenfalls einen gewissen Druck auf ihre Arbeitgeber auszuüben. Um des lieben Friedens willen gaben schon in dieser Beziehung die Arbeiter einen Trumpf aus ihrer Hand.

Sie bewiesen auch sonst ihre Friedensliebe.

Während die Unternehmer ganz selbstverständlich durch ihre Organisation verhandelten, weigerten sie sich, auf der anderen Seite die Organisation der Arbeiter, den Textilarbeiterverband anzuerkennen und erklärten, nur mit „ihren Arbeitern“ verhandeln zu wollen. Für die organisierte Arbeiterschaft hat diese Zumutung etwas Entwürdigendes. Dem Arbeiter steht seine Organisation so hoch oder noch höher, als dem Unternehmer die seine. Dazu kommt für den einzelnen Arbeiter die Gefahr der Maßregelung, eine Gefahr, die auch den Nackensteifsten geneigter macht, den „Gegenvorschlägen“ seiner „Brotherren“ Gehör zu schenken, als dies ein von den Unternehmern unabhängiger Angestellter der Organisation tun würde. Mit solchen „psychologischen Momenten“ rechnet ja das Unternehmertum zu seinem Vorteil, wenn es die Vertreter der Arbeiterorganisation zurückweist. Auch die Arbeiter müssen dies Moment zu ihren Ungunsten in Rechnung stellen. — Trotzdem gaben sie nach. Sie gaben auch hierin nach, um den Kampf zu vermeiden.

Die Forderungen der Färbereiarbeiter sind mehr als bescheiden!

Sie fordern von den Firmen, die dem sächsisch-thüringischen Färberring angehören, dasselbe, was die außerhalb des Ringes stehenden Firmen schon zahlen, nämlich einen Wochenlohn von fünfzehn Mark!

Die Forderung ist in jeder Beziehung eine bescheidene zu nennen.

Der übliche Maßstab, den man an die Lebensverhältnisse in den einzelnen Orten zu legen pflegt, indem man schematisch die größten Orte als die teuersten, die kleineren bis zu den kleinsten als die billigeren und billigsten hinstellt, ist falsch. Abgesehen von den Wohnungsmieten trifft dies fast in keiner Beziehung zu. So haben die beiden Städte Meerane und Glauchau mit die höchsten Lebensmittelpreise im Reiche. Und dabei werden Löhne gezahlt, die dem großstädtischen Arbeiter einfach unverständlich sind. 15 Mark fordern die Meeraner Färber! Diese 15 Mark sind ihnen ein Ideal, das ihnen eines schweren Kampfes würdig erscheint! Kein Meeraner Färber ist in der Lage, seine Familie selbst zu ernähren! Das ganze Elend, das die Aussperrung in Crimmitschau an den Tag brachte, ersteht noch einmal vor unseren Augen. Crimmitschau steht nicht allein mehr, Crimmitschau ist ein Typus: Meerane, Glauchau, der ganze vogtländische und thüringische Textildistrikt weisen dieselben elenden Verhältnisse in der Arbeiterbevölkerung auf, wie sie für die Crimmitschauer Weber enthüllt worden sind. Die Färber in Glauchau und Meerane stehen am Ende noch schlechter da. Frauen und Kinder müssen ständig mitarbeiten. Es gibt Zeiten, wo der Mann monatelang nur sechs bis acht Mark in der Woche verdient!

Daß die Lage ihrer Arbeiter aufbesserungsbedürftig sei, haben die im Färberring vereinigten Unternehmer selber zugegeben!

Bei der Feststellung der Ringpreise, die eine Preiserhöhung gegen früher brachte, wurde diese u. a. auch damit begründet, daß sich eine Aufbesserung der Arbeitslöhne dringend notwendig mache. Die unter dieser Begründung mit durchgesetzte Preiserhöhung betrug 23 Prozent. Die Arbeiter, welche jetzt die mit dem Bekenntnis ihrer eigenen Arbeitgeber dringend notwendige Aufbesserung der Arbeitslöhne fordern, werden dafür von diesen auf die Straße geworfen!

Und das Köstlichste, die Webwarenfabrikanten, welche seinerzeit den Ringfärbern die Preiserhöhung bewilligen mußten und angeblich bewilligten mit Rücksicht auf die Aufbesserung der Arbeitslöhne, helfen jetzt diese Aufbesserung illusorisch zu machen, indem sie auch den Webern mit einer Aussperrung drohen, falls die Färbereiarbeiter nicht in die Fabriken zurückkehren zu den Bedingungen, die ihnen das Kapital diktiert.

„Hie Kapital!“ — „Hie Arbeit!“ lautet der Schlachtruf. Die Ritter vom Webstuhl und die vom Färbebottich haben sich vereinigt, dem „armen Conrad“ der Jetztzeit, dem Industrieproletarier, das Fell über die Ohren zu ziehen. Daß sie sich bei der Verteilung der Beute gegenseitig prellen und der eine oder der andere von beiden die unter dem Vorwand einer notwendigen Lohnerhöhung errungene Preiserhöhung einseitig in seine Tasche steckt, vermag nicht, das Gefühl der Klassenzugehörigkeit in ihnen zu ersticken.

Wir werden demnächst in der bürgerlichen Presse wieder den verschiedensten Rechenkunststücken begegnen, in denen nachgewiesen wird, daß auf der einen Seite die Arbeiter glänzend dastehen, während die armen Färbereibesitzer unzweifelhaft daran zugrunde gehen müßten, wenn sie den „maßlosen“ Forderungen ihrer von „gewerbsmäßigen Hetzern aufgestachelten“ Leute nachgeben würden. Demgegenüber war es notwendig, sofort festzustellen, daß die Löhne der Arbeiter von den Unternehmern selbst als verbesserungsbedürftig hingestellt worden sind und daß die Herren Unternehmer die Mittel für eine Lohnerhöhung in Form einer Preiserhöhung bereits vorweg erhalten haben, diese aber geruhig in ihren weiten Taschen verschwinden ließen.

Aber der Beweis dafür, daß die Unternehmer in der Lage sind, den Forderungen der Arbeiterschaft zu entsprechen, läßt sich auch auf andere Weise noch führen. Die Arbeiter fordern von den Ringfärbern nicht mehr, als was ihnen von den außerhalb des Ringes stehenden Firmen bereits gezahlt wird. Was diese der schärfsten Konkurrenz ausgesetzten Färbereien ihren Arbeitern zahlen können, wird sicher die im Ring vereinigten Färbereibesitzer nicht bankrott zu machen vermögen.

Es ist daher lächerlich, wenn die Unternehmer den Arbeitern überhaupt irgend welche Gegenvorschläge machen. Gegenüber den geringfügigen Forderungen der Arbeiterschaft muß jedes Abhandeln als eine Verhöhnung derselben erscheinen und wird auch als solche aufgefaßt. So kam es dann, daß die Arbeiter überall gegen verschwindend wenige Stimmen den von den Unternehmern vorgelegten Tarif ablehnten, der an Stelle der geforderten 2.50 Mk. 2.35 Mk. pro Tag vorschlug, dabei aber noch einen Abzug von 10 Proz. vorsah für Arbeiter, die noch nicht sechs Monate in dem betreffenden Betriebe beschäftigt sind.

Das Unternehmertum weiß aber auch, daß ein solcher Vorschlag als ein Schlag ins Gesicht empfunden würde, und — setzen wir hinzu — ein Teil von den Herren wünscht es! Eine Anzahl der in Frage kommenden Unternehmer spielt vabanque. Die Sache liegt nicht so, daß sie an den geforderten Löhnen zugrunde gehen könnten; die können sie bequem bezahlen. Aber im nächsten Jahre treten die neuen Handelsverträge in Kraft. Es gilt für das Unternehmertum — nicht nur der der Textilbranche — diesen Zeitpunkt nach Möglichkeit auszunutzen. Man produziert weit über den Bedarf und füllt die Lager im Auslande, um nach dem Inkrafttreten der neuen Handelsverträge die Zolldifferenz nach Möglichkeit ausnutzen zu können! Daher die „günstige Konjunktur“, die nach dem Inkrafttreten der Handelsverträge vielleicht einer Krise Platz macht, so schlimm, so umfangreich und von derartig entsetzlichen Folgen, wie sie Deutschland noch nicht gesehen haben mag. Und den Gewinn aus der gegenwärtigen Ueberproduktion, aus dieser künstlich gemachten Prosperität will sich das Unternehmertum allein sichern. Da soll nicht der Proletarier, der alle die Werte schafft, sich Anteil erheischend an den gefüllten Tisch drängen. Brutal schlägt man ihn zurück, um sich den Profit nicht verkürzen zu lassen, den eine verrückte Gesellschaftsordnung und eine verbrecherische Gesetzgebung dem Unternehmertum als Spende vorgesehen haben. So erklärt sich nicht nur die Aussperrung im sächsisch-thüringischen Textilgebiet, sondern auch so manche andere.

Was in einem oder zwei Jahren aus den ausgepoverten Arbeitern des Vogtlandes und Thüringens wird, kümmert ihre jetzigen Ausbeuter nicht. Die einen von ihnen leben ganz dem Augenblick, bemüht, noch vor dem Zusammenbruch möglichst viel zum eigenen Nutzen beiseite zu schaffen, die anderen, die Kapitalkräftigen, kräftigen ihre Vorbereitungen, um nach Einsetzen der höheren Zölle außerhalb der deutschen Grenzpfähle, wenigstens in Teilbetrieben, dem patriotischen Tun des Profitmachens weiter obzuliegen. Und die zurückgelassenen und hungernden Textilproletarier bilden um so bessere Ausbeutungsobjekte für diejenigen Kapitalisten, deren Betrieb es ihnen erlaubt, sich im Lande redlich durch Ausbeutung ihrer Mitmenschen weiter zu nähren. Namentlich, wenn es gelingt, die Organisation zu zerstören, die ihnen einen Halt gibt.

Darum sind sich alle Kapitalisten einig in der Bekämpfung selbst einer Arbeiterschaft, deren offenkundig erbärmliche Lage doch das Mitleid auch des hartherzigsten Menschen wachrufen sollte: darum muß auch das deutsche Proletariat hinter den Textilarbeitern Thüringens und des Vogtlandes stehen und seine Solidarität so glänzend beweisen wie in seinen besten Zeiten, wie zur Zeit der Crimmitschauer Aussperrung, wie zur Zeit des Bergarbeiterstreiks!

Hie Kapital — hie Arbeit!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Mittler der Internationale. Am 7. August ist nun auch ein Jahrfünft dahin gegangen, seitdem Wilhelm Liebknecht von uns gegangen. Fünf Jahre ist es her, seitdem das Proletariat der Welt in stolzer und mutiger Trauer ihn zu Grabe trug, in jener gewaltigen Totenfeier des revolutionären Lebens, die allen, die an ihr teilnahmen, ein unvergeßliches Ereignis ward. Gerade in diesen Tagen wird die Erinnerung an unseren Freund und Führer besonders lebhaft. Seit das zusammenbrechende Rußland alle internationalen Verhältnisse der kapitalistischen Staaten in ein wirr und wild gärendes Chaos gewandelt hat, seit die herrschenden Klassen gieriger als jemals zuvor mit dem Gedanken eines Weltkrieges spielen, der aus der ängstlichen Ungewißheit herausführen soll, erscheint Wilhelm Liebknecht in unmittelbar wirkender Kraft als der Mann, der ein Bürger jener anderen Welt in unserer zerklüfteten Kultur war — jener Welt der Humanität, der Freiheit, des Völkerfriedens, der Erlösung von Druck und Elend, der die Sprachen der Völker meisterte, indem er die eine Weltsprache des Sozialismus kündete. Liebknecht war nicht nur in der leidenschaftlichen Anschauung, sondern mit seiner ganzen Persönlichkeit, reicher und fruchtbarer als irgend ein anderer, der Träger und Mittler der Internationale, jener wahrhaften Weltpolitik, die in der Einheit des Proletariats aller Länder allen Völkern Frieden und Freiheit erkämpft und verbürgt; jener schaffenden, offenen und klaren Weltpolitik, die nicht die feigen und anmaßenden Intriguen der Diplomatie, den listigen Schacher der kapitalistischen Ausbeuter, die elenden Heucheleien der nationalen Hetzer und auch nicht die stumpfe und ängstliche Gedankenlosigkeit der Philister kennt und nutzt, sondern die nur wirkt mit der hellen Wahrheit und der wissenschaftlichen Einsicht. Für Liebknecht, der mit inniger Liebe an seinem deutschen Vaterlande hing, war eben deshalb auch die ganze Erde die Heimat seiner Kulturarbeit, wie die Masse, nicht der Einzelne, für ihn Schöpfer aller Kultur war. So verkörperte Liebknecht in seiner Person die Weltpolitik des Proletariats und darum vermissen wir seine rastlose und versöhnende Tätigkeit gerade heute, wo die Weltpolitik der Barbarei drohend und verwirrend auf Raub und Blut sinnt. Seine Name war das Programm der Internationale, seine Person die eindringlichste Demonstration für den Völkerfrieden. Der Mann, der die Machenschaften bei der Entfesselung des deutsch-französischen Krieges, die Benedetti-Legende aufgedeckt, anfangs gegen den Widerstand und das geifernde Leugnen aller, zuletzt gestützt durch die zynischen Geständnisse der Täter selbst, Liebknecht wäre der rechte Warner und Führer in den tückischen Zeitelungen unserer Tage. Aber die Hunderttausend, die zu seinem Grabe gingen, und die Millionen, die im Geist vor fünf Jahren ihm das letzte Geleit gaben, hüten sein Erbe treulich — tief eingedenk der Lehre des aufrechten Mannes, kein lähmendes Gefühl für die Gefahr zu dulden, zu kämpfen und zu wagen!

Wilhelm II. scheint jetzt Zusammenkünfte mit seinen Kollegen von Gottes Gnaden zu lieben. Nachdem er in der Ostsee ein Rendezvous mit „Väterchen“ gehabt hat, traf er mit dem dänischen König zusammen. In den nächsten Tagen soll er auch seinem englischen Kollegen in Marienbad ein Rendezvous gewähren. Sollte es sich bei diesen vielen Zusammenkünften vielleicht um die Besprechung der Frage handeln, wie man am besten auf internationalem Wege der plötzlichen Kündigung und Absetzung der angeblich von Gott eingesetzten Majestäten vorbeugen kann?

Zur Fleischnot. Eine in Hannover tagende Fleischerinnungsversammlung beschäftigte sich in eingehender Weise mit der trotz agrarischer Ableugnung bestehenden Fleischnot. Die Meinung und Strömung der Versammelten fand ihren Ausdruck in der einstimmigen Annahme folgender Resolution: „Die Freie Fleischerinnung zu Hannover ist nach eingehender Debatte der Ueberzeugung, daß die augenblicklichen Fleischpreise in keinem Verhältnis zu den schon seit Monaten herrschenden hohen Viehpreisen stehen. Sie ist der weiteren Ueberzeugung, daß die am 1. April 1906 in Kraft tretenden erhöhten Zollsätze für ausländisches Schlachtvieh die Schlachtviehpreise noch steigern werden und gibt ihrem Bedauern darüber Ausdruck, daß die Regierung dem Notstande nach Schlachtvieh nicht durch Oeffnung der Grenzen für dasselbe nach Schlachthöfen mit direkter Bahnverbindung zur sofortigen Abschlachtung unter Beobachtung der sanitären

Vorschriften abzuhelfen sucht. Gleichzeitig lehnt das Fleischergewerbe die Schuld an etwaiger Erhöhung der Fleischpreise für die Zukunft ab, da eine etwaige Erhöhung nur durch die stetig steigenden Viehpreise bedingt wird." — Wie weit die Fleischnot schon um sich gegriffen ist resp. wie sie sich bereits fühlbar macht, ersieht man daraus, daß in Hannover und einer ganzen Reihe anderer Städte die sogenannten „Freibanken" förmlich gestürmt werden. Die Regierung aber vertraut nach wie vor auf die bekannten „Maßnahmen", welche seitens der Viehzentrale in Berlin zur Linderung der Fleischnot „ergriffen" werden!

Von der Zeugniszwangsfolter. In Sachen des Zeugniszwanges hat das Reichsjustizamt, wie der „Zeitungsverlag" berichtet, dem Verband deutscher Journalisten- und Schriftstellervereine mitteilen lassen, daß nunmehr, nachdem die Protokolle der Revision für die Reform des Strafprozesses im Druck erschienen sind, der in Aussicht genommenen Besprechung über die gesetzliche Regelung der Zeugnispflicht der Redakteure nähergetreten werden könne. Für die Besprechung ist ein Tag im Oktober in Aussicht genommen. — Es wäre nur zu wünschen, daß diese Besprechung die Aufhebung der Zeugniszwangsfolter recht bald im Gefolge haben würde, wenn man überhaupt eine solche Besprechung noch für erforderlich hält. Wir denken, diese unerhörte Bestimmung des Strafgesetzbuches müßte eigentlich in den Augen eines jeden Menschen schon längst gerichtet sein.

Der kleine und der große Bülow. Den „Hamb. Nachrichten" ist großes Heil widerfahren. Seitens des Inhabers und Chefredakteurs der „Hamburger Nachrichten", des Herrn Dr. Hartmeyer, war dem Reichskanzler ein Sonderabdruck der in dem Werke: Der Staat Hamburg, enthaltenen Geschichte der „Hamburger Nachrichten", bezw. der Firma Hermanns Erben, überreicht worden. Hierauf ist dem beglückten Blatt vom Reichskanzler folgendes Schreiben zugegangen:

„Norderney, den 3. August 1905.

Sehr geehrter Herr Doktor!

Haben Sie besten Dank für die freundliche Uebersendung der Geschichte der „Hamburger Nachrichten", für die Sie mit Recht Interesse bei mir voraussetzen. Die Beziehungen der „Hamburger Nachrichten" zum Fürsten Bismarck sichern diesem Blatte einen dauernden Platz in der Geschichte der deutschen Publizistik. Für mich haben die „Hamburger Nachrichten" auch eine persönliche Bedeutung: Ich bin von mütterlicher Seite Hamburger, habe einen großen Teil meiner Kindheit vor den Toren Hamburgs am Ufer der Elbe verlebt, und so ist es gekommen, daß die „Hamburger Nachrichten" zu den ersten Zeitungen gehören, die ich gelesen habe. Ich verfolge daher gern in Ihrer Schrift die Entwicklung Ihres Blattes zu der angesehenen Stellung, die es heute einnimmt.

Ihr ergebener

gez.: Bülow."

Alles begreifen, heißt alles verstehen. Wenn die „Hamb. Nachrichten" zu den ersten Zeitungen gehörten, die dem kleinen Bülow in die Hände fielen, so kann heute der große Bülow mit Recht auf mildernde Umstände für seine Politik Anspruch machen. Das Blatt hat schon seit langer Zeit den Ruf, eine der ödesten und langweiligsten Papierplantagen zu sein, über die der Kapitalismus seine Schafe treibt. Die Scharfmacherei allein macht es eben auch nicht. Ein geistreicher Antisemit — mit Erlaubnis zu sagen — machte einmal die Bemerkung: was wäre wohl aus Goethe geworden, wenn er täglich die „Vossische Zeitung" hätte lesen müssen? Was aus dem Menschen werden kann, wenn er von früh auf die „Hamb. Nachrichten" liest, dafür ist Fürst Bülow ein schlagender Beweis.

Verhinderter „Hochverrat". Die schlesischen Grenzblätter melden unter der Spitzmarke: „Versuchter Schmuggel von sozialistischen Schriften" folgende Polizeitat: „An der österreichisch-preußischen Grenze wurde eine Kiste mit sozialistischen Schriften, die mit der Bahn aus Krakau ankamen, angehalten. Die Schriften waren an eine Tarnowitzer Firma adressiert, von wo aus sie über die Grenze nach Rußland eingeschmuggelt werden sollten. Ihre Weiterbeförderung ist vorläufig eingestellt worden. Die Schriften, mehrere tausend Exemplare, sind in hebräischer Sprache gedruckt." — Aus der Meldung ist nicht zu ersehen, ob preußische oder österreichische Behörden an dem völlig ungesetzlichen Streich beteiligt sind. Wie dem aber auch sei: Seit dem Königsberger Prozeß sollte nachgerade auch der letzte Polizist in beiden Ländern wissen, daß das Hineinschmuggeln von Schriften nach Rußland nicht verboten ist, solange es nicht geheim geschieht. Dadurch daß die „Schmuggler" offen zu Werke gingen, daß die Polizei die Kiste „entdeckte", haben sie eben bewiesen, daß sie ganz öffentlich Hochverrat gegen Rußland begehen wollten. Und das ist bekanntlich erlaubt! Wie kommt also die Polizei trotzdem zur Beschlagnahme der Schriften? Zumal jedem ABC-Schützen in der Politik längst bekannt ist, daß Rußland diese Liebesdienste garnicht will und vor allem herzlich schlecht lohnt!

Die Verulkung der Bergarbeiter. Die Berggesetznovelle ist nun, wie schon kurz berichtet wurde, vom „Reichsanzeiger" veröffentlicht worden. Damit hat die Arbeiterverhöhnung Gesetzeskraft erlangt. Auf eine sonderbare Wirkung des Gesetzes weist der „Vorwärts" hin. Da nämlich passives Wahlrecht zu den Arbeiterausschüssen nur solche Arbeiter haben, die mindestens 3 Jahre ununterbrochen auf dem Bergwerke gearbeitet haben, so kann niemand, der am letzten Streik teilgenommen hat, gewählt werden, und der Ausschuß muß daher notwendig im Anfange aus „Streikbrechern" bestehen. Aber auch die Wähler, denn wählen zum Ausschuß kann nur der, der mindestens 1 Jahr auf der betreffenden Grube beschäftigt gewesen ist. Die Arbeiter können auch die Wahlen nicht aussetzen, denn der Ausschuß muß innerhalb 4 Monate gebildet sein. Das Mandat des Ausschusses läuft fünf Jahre. Während dieser Zeit soll also der „Streikbrecher-Ausschuß" das gute Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber herstellen. Gibt es eine stärkere Ironie der Weltgeschichte? — Die bürgerliche Presse, die von der „Vorwärts" Notiz Kenntnis nimmt, gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Berggewaltigen den Streik der Bergarbeiter nicht als eine Unterbrechung der Tätigkeit in der Grube betrachten, sondern vielmehr in dieser Beziehung kulant verfahren werden. Wir teilen diese Hoffnung nicht! Haben doch die Bergprotzen durch ihr Verhalten nach dem Streik bewiesen, daß ihnen an einem einigermaßen erträglichen Verhältnis mit den Grubensklaven nichts gelegen ist.

Ueber die Marineforderungen für 1906 äußern sich die „Berl Pol. Nachr." in folgender Form: Das Flottengesetz hatte einen Sollbestand von 38 Linienschiffen vorgesehen. Im Etat für 1905 sind die ersten Raten für das 36. und 37. Linienschiff ausgeworfen. Der Sollbestand der großen Kreuzer beträgt nach dem Flottengesetz 14. Der 14. große Kreuzer war im Etat 1905 angefordert und vom Reichstage bewilligt. Der Sollbestand der kleinen Kreuzer beläuft sich nach dem Flottengesetz auf 38. Für den 35., 36. und 37. kleinen Kreuzer sind im Etat 1905 die ersten Raten ausgeworfen. Nach diesem Stande der Dinge wird man sich über die gemäß dem Flottengesetz aufzustellenden Forderungen leicht klar werden. Man wird aber nicht vergessen dürfen, daß, während die Periode für die vorzunehmenden Ersatzbauten nach Anlage B des Flottengesetzes für die großen Kreuzer im Jahre 1901 und für die kleinen im Jahre 1902 begann, das Jahr 1906 das erste ist, in dem Ersatzbauten für Linienschiffe vorgesehen sind. Nach der erwähnten Anlage, die die Verteilung der in den Jahren 1901 bis 1917 einschließlich vorzunehmenden Ersatzbauten auf die einzelnen Jahre enthält, würden für 1906 zwei Linienschiffe und zwei kleine Kreuzer als Ersatzbauten in Betracht kommen. Schließlich ist, soweit neue Schiffsbauten in Frage kommen, noch der Plan zu berücksichtigen, über den sich der Staatssekretär des Reichsmarineamts in der Budgetkommission des Reichstages mit genügender Deutlichkeit ausgesprochen hat. Den Hauptbestandteil der Forderungen im ordentlichen einmaligen Reichsmarineetat für 1906 dürften aber die weiteren Raten für die schon eingestellten Schiffe ausmachen. Die Linienschiffe „Preußen" und „Hessen" dürften, da für sie die Schlußraten schon für 1905 gefordert sind, aus dem Etat ausscheiden. Bei den Linienschiffen „Lothringen" und „Deutschland" dürfte es sich im Etat für 1906 um die Schlußraten, bei den Linienschiffen „Q" und „R" um die zweiten Raten handeln. Was die großen Kreuzer betrifft, so scheidet „York" (Ersatz „Deutschland"), nachdem für ihn 1905 die Schlußnote bewilligt ist, aus dem Etat aus. Dagegen werden die großen Kreuzer „C" und „D" den Etat für 1906 mit einer weiteren beziehungsweise zweiten Rate belasten. Von den kleinen Kreuzern dürften wegen Bewilligung von Schlußraten im Etat für 1905 „München" und „Lübeck" (Ersatz „Merkur") ausscheiden, für „N", Ersatz „Alexandrine" und Ersatz „Meteor" dürften Schlußraten gefordert werden. Für die übrigen, in den Etat bereits aufgenommenen kleinen Kreuzer „O", Ersatz „Wacht" und Ersatz „Blitz" würden die zweiten Raten fällig werden. — Ohne auf weitere Einzelheiten einzugehen, kann man heute schon mit ziemlicher Bestimmtheit sagen, daß das deutsche Volk wiederum anläßlich der neuen Marineforderungen für 1902 arg geschröpft wird!

Gegen die sofortige Einberufung des Reichstages wenden sich — soweit wir bis jetzt übersehen konnten — nur die „liberalen" Blätter. Diese Organe schämen sich nicht, das unerhörte Vorgehen der Regierung gutzuheißen, trotzdem gerade jetzt wieder bekannt wird, daß die Regierung eine weitere große Verstärkung von insgesamt 5000 Mann nach Südwestafrika senden will, nach jener Sandwüste, über die im „Tag" der z. Zt. in England weilende Baron Nikolaus von Mettelbladt, der seit einer Reihe von Jahren Leiter eines Unternehmens in Deutsch-Südwestafrika ist, wie folgt urteilt: „Ich mache .... das Geständnis ...., daß nach meiner Meinung ganz Südwestafrika nicht mehr als 40—50000 Menschen zu ernähren vermögen wird, und daß die 20 Millionen Pfund Sterling (400 Mill. Mark), die Deutschland schon an die Unterdrückung des Aufstandes gewendet hat, so und so viel mal den Wert der ganzen Kolonie betragen."

Trotz alledem aber geht dieser unsinnige Sandwüstenkrieg weiter, ja, er ist gegenwärtig in ein ernstes Stadium getreten. Nicht allein, daß Hendrik Witboi, der frühere deutsche Schützling, am Tschub mit starken Kräften auf den bereits von Trotha angekündigten Angriff der Deutschen wartet — auch in Deutsch-Ostafrika sind Unruhen ausgebrochen, die man zwar als rein lokale bezeichnet, die aber nach unserer Meinung sehr leicht zu ernsten Konflikten führen können. Die „Nordd. Allg. Ztg." berichtet in ihrer Nummer vom Sonnabend abend hierüber: „Nach einem Telegramm des kaiserlichen Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika sind unter den Eingeborenen der Matumgebirge nördlich von Kilwa Unruhen ausgebrochen, deren Veranlassung noch nicht völlig geklärt ist. In dem an der Küste gelegenen Orte Ssamanga sind verschiedene Inderhäuser von den Eingeborenen verbrannt worden. Zur Unterdrückung der Unruhen, deren lokaler Charakter von dem Gouverneur betont wird, sind die beiden Kompagnien aus Lindi und Daressalam nach Kilwa beordert." — Das kann ja noch gut werden.

Zu welchen Komplikationen übrigens dieser Sandwüstenkrieg führen kann, ging aus der Notiz in der letzten Nummer unseres Blattes hervor, nach der die Kapregierung Nahrungsmittel für die Truppen in Südwestafrika als Kriegskonterbande bezeichnet hat. Zu diesem Vorgehen bemerkt die Londoner „Morning Post":

„Der Premierminister der Kapkolonie Dr. Jameson und die Regierung der Kolonie glauben entweder, daß die Deutschen gegenwärtig einen gerechten Krieg führen, oder daß dieser Krieg ungerecht sei. Die Kapstädter Regierung mag vielleicht denken, daß die Behandlung der Eingeborenen durch die Deutschen eine Rechtfertigung des Aufstandes biete. Wenn das der Fall sein sollte, wäre ihre Haltung verständlich. Man kann nichts anderes erwarten, als daß sie einen Einbruch in die Kapkolonie hindere. Wenn sie aber glaubt, daß die deutschen Behörden ihre Pflicht tun durch Unterdrückung von Unordnungen, die nicht das Ergebnis einer schlechten Verwaltung sind, so wird die Haltung der kapstädtischen Regierung unverständlich. Angenommen, die Deutschen sind im Rechte, so sollten alle Weißen Südafrikas zusammenwirken für die Aufrechterhaltung der weißen Herrschaft, und keine sonstige Erwägung sollte irgendwelche Verbindung, die zu diesem Zwecke notwendig ist, hindern. Kein Maßstab der Ersprießlichkeit, keine Sorge um die Kosten oder Besorgnis vor einer Erhebung der Eingeborenen kann eine Politik entschuldigen, die verfehlt, eine Einigung der weißen Rassen zur Forderung oder selbst zu einer gewaltsamen Durchsetzung der Herrschaft der Gesittung herbeizuführen. Die Regierung vom Kap kann sicherlich die Vorwürfe des Barons Mettelbladt nicht unbeachtet lassen, und wir hoffen, daß die stärkere Beweisgründe für ihre Entscheidung beizubringen hat als diejenigen, die in jenem Schreiben des Unterkolonialsekretärs enthalten sind." — Unsere Leser wissen, daß der Aufstand der Eingeborenen in Südwestafrika mit eine Folge der unerhörten und jeder Humanität Hohn sprechenden Behandlung der dortigen Volksstämme ist.

Rußland.

Ausstand in Sosnowice. Eine geheime Versammlung wurde, so berichtet das „Oberschl. Tagebl.", Freitag nacht 12½ Uhr im Sielcer Walde abgehalten. Anwesend waren nach Angabe russischer Ueberläufer ungefähr 300 Mann. Um nicht von Patrouillen entdeckt zu werden, hatte man 42 Mann als Posten aufgestellt. Das Verhalten der Regierung und der Arbeitgeber wurde auf das Schärfste verurteilt. An dem Antrage der achtstündigen Arbeitszeit wird festgehalten. Regierung und Arbeitgeber sollen nochmals um schleunige Abhilfe ersucht werden.

Eine russische Gemeinheit. Bald nach Beendigung des großen Streiks in Odessa wurden, wie die „Pall Mall Gazette" berichtet, die Arbeiter der Hauptfabriken von den Behörden aufgefordert, Deputationen zu dem Generalgouverneur zu schicken. Man erklärte, daß dieser außerordentlich darauf bedacht sei, sich über die Beschwerden der Arbeiter zu informieren. Die Arbeiter gingen begeistert auf den Vorschlag ein und bestimmten 600 Delegierte. Diese mußten sich zunächst auf der Hauptpolizeistation melden, wo man ihre Adressen notierte. Darauf wurden sie von dem Generalgouverneur äußerst höflich empfangen. In derselben Nacht wurden jedoch sämtliche Delegierten verhaftet. Diejenigen, die in Odessa kein Heimatsrecht hatten, wurden für alle Zeit ausgewiesen und die in Odessa Wohnhaften sitzen heute noch im Gefängnis. Die Polizei hatte den Trick angewendet, um mit einem Schlage die Führer und Organisatoren des Streiks in die Hände zu bekommen. Die Arbeiter gingen tatsächlich in die Falle und die Polizei freut sich, daß ihr der Plan so gut gelang. Unter den Arbeitern herrscht jedoch eine gefährliche Erregung. — Dieses brutale und hinterlistige Vorgehen der Zarenknechte kann nicht besser gekennzeichnet werden als durch ein kräftiges „Pfui!"

Väterchen will noch mehr Blut fließen sehen! Der Zar hat, wie das Amtsblatt mitteilt, auf eine Adresse aus Chabarowka telegraphisch seine herzliche Billigung des in der Adresse ausgedrückten Wunsches nach Fortsetzung des Krieges bis zur Zerschmetterung des Feindes und besonders nach Abweisung des Gedankens einer Landabtretung oder Kriegsentschädigung ausgedrückt. Bei den bekannten Charaktereigenschaften des Zaren ist kaum anzunehmen, daß er mit diesem Telegramm einen bloßen Bluff beabsichtigt. Hier herrscht auch allgemein die Ueberzeugung, daß die gegenwärtige Regierung keinen Frieden schließen kann, da sie für eine Landabtretung oder die Zahlung einer Kriegsentschädigung keine genügende Unterstützung im Volke zu finden glaubt, während doch selbst die „Nowoje Wremja" zugibt, daß Japan nicht ohne das eine oder das andere, oder gar beides, Frieden schließen kann.

Mit Gott für Zar und Reich! In der letzten Nummer der „Birschewyja Wjedomosti" befindet sich unter der Rubrik „Chronik" folgende Notiz: „Offizierswittwe, die mit fünf Kindern der Not erliegt, fleht mildtätige Menschen um Hülfe an. Die Pension wird noch nicht ausgehändigt, die Miete ist nicht bezahlt, Kinder haben keine Kleidung, selbst krank. Anastasija Mischuzinskaja, Petersburg, Balschaja Puschkerstajastr. 29—31, Quergebäude 24". Der Petersburger „Syn Otetschestwa" bringt folgendes zur Beachtung der Militärbehörde: „Schon nicht das erste Mal wenden sich die vom Kriegsschauplatze zurückgekehrten verwundeten Offiziere an die Redaktion um Hülfe. Gestern kam wieder ein Oberst N. in Uniform und mit verbundenem Arm und teilte uns mit, daß er in Erwartung, bis ihm die Pension gewährt wird, buchstäblich hungert. Ist es denn wirklich nicht möglich, Maßnahmen zu treffen, um zu verhindern, daß verwundete Offiziere betteln gehen?"

Um die Freiheit! Das Kriegsgericht in Warschau verurteilte den 20jährigen Arbeiter Wenzel Komorowski wegen Erschießung eines Schutzmannes zum Tode durch den Strang. Ein Mitangeklagter namens Finkel wurde freigesprochen.

In Finnland plant man jetzt russischerseits die Einführung „großer" Reformen, die zweifellos auch nur auf dem Papier stehen bleiben werden und nur den Zweck verfolgen, die finnischen Arbeiter, unter denen es jetzt sehr stark gärt, zu beruhigen. Ueber die Ursache dieser Erregung und ihre Folgen wird nämlich berichtet: Der Senat von Finnland hat in einem Bittgesuch an den Kaiser darauf hingewiesen, die von der Regierung geplante Entziehung politischer Verbrechen aus der Kompetenz der ordentlichen Gerichte und ihre Ueberweisung an das russische Kriegsgericht widersprächen den Grundgesetzen Finnlands, wo die Todesstrafe, wie sie vom Kriegsgericht ausgesprochen werden könne, seit 1825 nicht angewendet worden sei. Als bekannt wurde, der Kaiser habe das Bittgesuch abgelehnt, versammelten sich Vertreter der Arbeiterparteien und beschlossen einstimmig nach einer Reihe scharfer und erbitterter Reden gegen die Regierungsmaßnahmen aus denen schwere verhängnisvolle Folgen zu entstehen drohten, zu protestieren und in den nächsten Tagen eine große Demonstration zu veranstalten.

Rußland und Japan.

Von einer vernünftigen Maßregel der Japaner wird gemeldet; Die Japaner haben den politischen Gefangenen, die sie in der Strafabteilung auf der Insel Sachalin gefunden haben, erlaubt, wenn sie es wünschen sollten, nach anderen Ländern auszuwandern.

Am morgigen Dienstag beginnen in Portsmouth die offiziellen Verhandlungen der russisch-japanischen Friedensdelegierten. Mit den Friedensverhandlungen scheint es aber dennoch ziemlich schlecht bestellt zu sein. Dem „Russky Slowo" wird aus Washington gemeldet: Immer stärker tritt die Nachricht auf, daß die Japaner beschlossen haben, den Russen ihre Bedingungen zu übermitteln mit dem kategorischen Verlangen, Ja oder Nein. Man ist überzeugt, daß Witte unter diesen Bedingungen von weiteren Verhandlungen abstehen wird.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 7. August.

Achtung Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter! Der Zuzug von Bauarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten!

Der Ausflug der Gewerkschaften und Vereine Lübecks fand gestern bei prächtigem Sommerwetter unter äußerst zahlreicher Beteiligung der Arbeiterschaft statt. Bereits gegen 1 Uhr mittags begaben sich die verschiedenen Gewerkschaften und Vereine nach ihren Lokalen, um von dort unter Mitnahme ihrer Embleme nach dem Falkenplatze zu marschieren, wo die Aufstellung des Festzuges stattfand. Lange vor 2 Uhr wogte schon vor dem Hüxtertor eine festlich gekleidete Menge, die zusammengekommen war, um die Einmütigkeit der arbeitenden Lübecker Bevölkerung durch Teilnahme am Gewerkschaftsfeste zu bekunden. Nachdem von den Türmen die zweite Nachmittagsstunde verkündet war, setzte sich der Festzug, der in diesem Jahre aus sechs Abteilungen bestand, unter den Klängen des Sozialistenmarsches in Bewegung. 38 verschiedene Korporationen zählte der Zug, der von etwa 6000 Personen gebildet wurde. Imposant war der Anblick, den die langsam sich fortbewegende ungeheure Menschenmasse mit den fliegenden Fahnen und Bannern bot. Gegen 3 Uhr war man auf dem Festplatze, dem Restaurant Tiergarten, angelangt. Nachdem die Arbeitergesangvereine ein Lied zu Gehör gebracht hatte, nahm Genosse Bartels-Köln das Wort zu einer Ansprache. Redner wies auf die großen wirtschaftlichen und politischen Kämpfe der letzten Zeit hin, die einen festen Zusammenschluß der gesamten Arbeiterschaft zu einer unumgänglichen Notwendigkeit machen. Die Reaktion sei überall, und ganz besonders in Lübeck, bemüht, das Proletariat zu entrechten und zu knechten. Demgegenüber sei es erforderlich, daß das Band der Solidarität immer fester die gesamten Arbeiter umschließe, denn nur durch Einigkeit und Einmütigkeit in ihrem Wollen und Handeln sei es der schaffenden Bevölkerung möglich, sich selbst zu ihrem Rechte zu verhelfen. Redner schloß seine Ausführungen mit einem dreifachen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung, in das die Menge begeistert einstimmte. Nachdem die Gesangvereine abermals gesungen hatten, zerstreuten sich die Festteilnehmer auf dem Platz und in den nahegelegenen Wirtschaften, um sich bei einem kühlen Trunk gütlich zu tun. Auf dem Festplatze waren Schießbuden, Würfelbuden, ein Karussel usw. vorhanden, die alle sich eines starken Zuspruchs erfreuten. Auch an Knackwürsten, Kuchen, Aalen fehlte es nicht. Gar zu bald waren die wenigen Stunden, welche die hiesige Arbeiterschaft in festlicher Stimmung miteinander verleben konnte, entflohen und die Zeit zum Aufbruch gekommen. Es war ein wunderbares Schauspiel, als der Zug, mit Tausenden und Abertausenden von roten Laternen geschmückt, einer riesigen Feuerschlange gleich, sich nach dem Burgfelde bewegte, wo die Auflösung erfolgte. Viele Anwohner der Arnimstraße hatten anläßlich des Festes illuminiert. So ist das Fest der Lübecker Arbeiterschaft in schönster Weise verrauscht; kein Mißton störte die Harmonie des Proletariats. Es ist wohl anzunehmen, daß auch der diesjährige Gewerkschaftsausflug dazu beigetragen hat, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Arbeiter zu stärken und zu festigen. Und das gehört zu seinen Zwecken.

Am gestrigen Sonntage (Gewerkschaftsfest) wurden von der Allg. Lokal- und Straßenbahn zus. 19 707 und von der Lübecker Straßenbahn zus. 3787 Personen befördert.

Die Mutter als Erzieherin. Du sollst Geduld haben! Dein Kind ist unartig und unfolgsam. Schon hundertmal hast du ihm etwas verboten, und es tut das Unrechte doch immer wieder aufs neue. Es soll nicht im Wasser herumpantschen. Wie oft hast du deinem Töchterchen das gesagt. Vor einer halben Stunde noch. Und nun siehst du es draußen in der frischen Pfütze, die der Regen eben hergerichtet hat, munter herumpatschen. Das Wasser spritzt hoch auf, Strümpfe und Kleider sind durchnäßt. Das siehst du mit Schrecken, und dir steigt das Blut zu Kopfe. In deinem bitterbösen Zorne siehst du garnicht, wie deinem Kinde die höchste Lust aus den Augen leuchtet. Du siehst nur die nassen Strümpfe und Schuhe und das unartige, ungehorsame Kind. Und der Zorn und der Schmerz überwältigen dich, und du schreist dein Kind an und strafst es schwer: „Wie oft habe ich dir das verboten, du bist ein schlechtes Kind, ich mag dich gar nicht mehr leiden. Was soll aus dir einmal werden!" Beruhige dich, aufgeregte Mutter! Dein Kind wird nicht schlechter als alle die anderen Kinder. Dein Kind trägt das Gesetzbuch nicht fortwährend im Kopfe. Und die Gesundheitsregeln noch viel weniger. Glücklicherweise nicht! Es wäre schlimm um das Kind bestellt, es wäre ein naseweises Streberchen, wenn es bei jedem Schritte und bei jedem Handschlag erst immer vorher an die hundert und tausend Vorhaltungen denken würde, die Vater oder Mutter ihm seit Jahren — selten in Ruhe, zumeist im Zorne — gemacht haben. Frage dich, Mutter, ob du dich bei allem, was du tust, auch jedesmal vorher reiflich prüfst, ob du es darfst oder nicht darfst. Was würde ein Erzieher zu tun haben, der dir jedesmal zurufen sollte: Das darfst du nicht, wie oft habe ich dir das gesagt, daß das unrecht und falsch ist! Sollst du nun dein Kind ruhig weiter im Wasser pantschen lassen? Gewiß nicht! Du sollst es herausholen, du sollst ihm auch Vorhaltungen machen, aber nur in kurzen, bestimmten Worten und ohne das fürchterliche Aufgebot an moralischer Entrüstung. Du sollst nicht durch schreckliche Ausrufe dem Kinde den Glauben an sich selbst zerstören. Das Kind darf es und soll es fühlen, wenn es den Eltern Kummer bereitet hat. Das Kind soll gehorchen lernen. Das Kind soll daran gewöhnt werden, das Schlechte, das Falsche, das Ungehörige, das Gefährliche zu meiden. Aber du mußt das nicht durch einige erregte, in der Aufregung herausgeschleuderte Verbote und Gebote erreichen wollen. Durch ruhige, konsequente Gewöhnung, durch kurze Bestimmtheit erreichst du viel mehr als durch lautes Schelten und leidenschaftliche Verwünschungen und Ausrufe. Eine Mutter muß Geduld haben. Durch ungeduldiges Zerren und Reißen bringst du die Knospe nicht zur Blüte, sondern du zerstörst sie. Wenn dein Kind, die zarte Menschenknospe, schön erblühen soll, so zerre und reiße nicht daran, sondern übe dich in Geduld!

Der zweite Teilbetrag der Einkommensteuer für das Jahr 1905/06 ist von den Steuerpflichtigen, welche im Besitze eines Steuerzettels für die Stadt sind, in der Zeit vom 1. bis 10. August d. Js. bei Vermeidung des Zuschlages der gesetzlichen Gebür zu entrichten.

Haftpflicht der Post für Einschreibebriefe. Nach dem Postgesetz haftet die Postverwaltung bei Einschreibsendungen nur im Falle des Verlustes, nicht auch im Falle einer Beschädigung. Ist der Inhalt eines Einschreibbriefes während der Postbeförderung abhanden gekommen und kann nur der leere Umschlag zur Behändigung an den Empfänger gelangen, so verfährt die Post nach folgenden Gesichtspunkten: wenn der leere Umschlag lediglich die Verpackung für die Einschreibsendung gebildet hat, so liegt ein Verlust der Sendung vor und es wird Ersatz geleistet; wenn dagegen der Umschlag nach Lage des Einzelfalles einen Teil der Sendung selbst bildet, z. B. für den Empfänger bestimmte, schriftliche Mitteilungen enthält, so ist ein Teil der Sendung erhalten geblieben; es liegt daher kein Verlust, sondern nur eine Beschädigung der Sendung vor und es wird somit in derartigen Fällen kein Ersatz geleistet.

Nach den Listen des Germanischen Lloyd sind in der Zeit vom 24. bis 31. Juli 121 Schiffsunfälle gemeldet worden. Hiervon sind 2 Dampfer und 10 Segelschiffe total verloren gegangen. 69 Dampfer und 40 Segelschiffe haben Beschädigungen erlitten.

Von einem Radler überfahren wurde Sonnabend mittag am Hüxterdamm ein aus der Schule kommender etwa 9jähriger Knabe. Derselbe trug anscheinend eine stark blutende Wunde am Kopf, sowie mehrere Hautabschürfungen davon. Die Personalien des Radlers wurden festgestellt. Ob denselben eine Schuld an dem Unfall trifft, muß die eingeleitete Untersuchung lehren.

In der Stadthalle gelangt morgen zum Benefiz für Herrn Korth der Schwank „Pension Schöller", sowie das Singspiel „Singvögelchen" zur Aufführung. Als Gäste wirken mit Frau Waldheim und Herr Meffert. Wir wünschen dem trefflichen Künstler ein volles Haus.

Straßensperre. Wegen vorzunehmender Erdarbeiten wird die Strecke der Josephinenstraße zwischen der Hochstraße und der Einsiedelstraße auf etwa 3 Monate für den Fuhrwerksverkehr gesperrt.

Wahl. Von der Gemeindeversammlung in Nusse ist das bisherige Mitglied des Gemeindevorstandes, Ziegeleibesitzer Hans Heinrich Venn daselbst, in gleicher Eigenschaft auf die gesetzliche Amtsdauer von 6 Jahren wiedergewählt worden. Das Stadt- und Landamt hat die Wahl bestätigt.

Bei dem Großfeuer in Krummesse, das in der Nacht zum Sonnabend durch Blitzschlag entstand, kamen um 11 Bullen, 2 Zugochsen, 1 Kuh und 1 Kalb, im Gesamtwert von 5970 Mk. Ferner verbrannten von der diesjährigen Ernte 49 Fuder Heu, 31 Fuder Klee, 17 Fuder Roggen, 15 Fuder Roggenstroh, 11 Fuder Mengkorn, von der vorjährigen Ernte 24 Fuder Heu, 10 Fuder Roggenstroh, 6 Fuder Haferstroh.

e. **Stockelsdorf.** Beim Gewitter am Freitag abend schlug ein sogenannter kalter Schlag in Marienthal in das Ehlers'sche Gebäude. Der Blitz ging zunächst in den Schornstein und dann 1 Meter unter der Decke entlang in die Wohnung des Zimmerers Fritz Pries. Ein starker Schwefelgeruch war noch am Sonnabend vorhanden.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Nach einer Bekanntmachung der Polizeiverwaltung befinden sich im Stadtbezirk Preetz gegen 34 Typhuskranke in Behandlung. Außerdem befinden sich in dem Preetzer Krankenhause 7 Typhuskranke aus der Umgebung. — Lebendig verbrannt ist die 10jährige Tochter des Arbeiters Andresen in Slyngstern bei Feldstedt. Als sie mit Petroleum das Herdfeuer anfachte, erfolgte eine Explosion, wodurch ihre Kleider sofort in Flammen standen. Im Krankenhause ist die Schwerverletzte gestorben.

Hamburg. Großfeuer. Ein mächtiger Feuerschein rötete in der Nacht zum Montag den östlichen Himmel der Stadt. Es brach am Hammerdeich Nr. 111 (Baugeschäft von F. Hagen) um 1 Uhr nachts ein Feuer aus, zu dessen Bekämpfung 4 Züge ausrückten. Das dort befindliche Holzlager stand in Flammen, in die die Feuerwehr mit 10 Rohren Wassermassen schleuderte. Bereits nach einer Stunde hatte man das Feuer in der Gewalt, sodaß ein weiteres Umsichgreifen nicht zu befürchten war.

Kiel. Von der Verpreußungspolitik in Nordschleswig hat bekanntlich der jüngst in Kiel stattgefundene Prozeß gegen den Genossen Ivers von der „Schlesw.-Holst. Volks-Ztg." einige besonders schöne Proben gegeben. Nun veröffentlicht der in diesem Prozeß als Zeuge vernommene frühere Pastor und Hauptgermanisator J. Jakobsen in einem Flensburger Blatt eine sehr interessante Erklärung. In jenem Prozesse hatte bekanntlich Landrat Becherer in Hadersleben unter seinem Eide ausgesagt, daß der inzwischen verstorbene Amtsvorsteher Winter ihm seinerzeit mitgeteilt habe, daß die Direktoren der Schleswigschen Kreditbank, Jakobsen und Lassen, ihm 2000 Mk. zur Verfügung gestellt hätten für einen Zeugen, der durch seine Aussage die Ausweisung Timmermanns herbeiführen könne. Umgekehrt hatten aber die Zeugen Jakobsen und Lassen ausgesagt, daß der Amtsvorsteher Winter ihnen im Auftrage des Landrats Becherer 2000 Mk. angeboten habe, um einen Zugen zu einer Aussage gegen Timmermann zu veranlassen. Diese Aussage der letzten beiden Zeugen war durch die weiteren Aussagen des in Aussicht genommenen Kronzeugen, des Schuhmachers Kreisen, und eines zweiten Zeugen im wesentlichen bestätigt worden. Nun erklärt Herr Jakobsen in dem Flensburger Blatt, daß er seine Zeugenaussage vollständig aufrecht erhalte. Er habe das Angebot Winters sofort als eine schändliche und der deutschen Sache unwürdige Zumutung mit Entrüstung zurückgewiesen und zwar durch einen Brief an den Landrat Becherer. Auf diesen Brief habe er vom Landrat keine Antwort erhalten. Er habe nunmehr gegen den Amtsvorsteher v. Winter bei der Staatsanwaltschaft Anzeige wegen Versuchs der Verleitung zum Meineid erstattet. Das sei bereits im Juli 1903 geschehen, zu einer Zeit, wo von Winter noch im Amte war und sich des vollen Vertrauens des Landrates Becherer erfreute. Die Staatsanwaltschaft hat es abgelehnt, gegen von Winter das Verfahren wegen Verleitung zum Meineid zu eröffnen. Der Staatsanwalt habe ihm, Jakobsen, mitgeteilt, ein solches Verbrechen liege nicht vor, auch wenn v. Winter ihn tatsächlich habe auffordern lassen, eine dritte Person unter Anerbieten einer großen Geldsumme zur Abgabe einer eidlichen Aussage, einerlei ob sie wahr oder unwahr sei, zu veranlassen. Eine Beschwerde gegen diesen staatsanwaltlichen Bescheid bei der Oberstaatsanwaltschaft in Kiel sei ebenfalls erfolglos geblieben. Nun sei Winter leider nicht mehr am Leben. Aber wenn an der nunmehr von dem Landrat Becherer gegebenen Darstellung, daß er, Jakobsen, und Lassen den Versuch zur Verleitung zum Meineid gemacht hätten, auch nur ein Körnchen Wahrheit sei, dann hätte doch sicher v. Winter bei dem damaligen Ermittlungsverfahren dies zu seiner Verteidigung angeführt und seine, Jakobsens, Bestrafung wegen wissentlich falscher Denunziation eines Beamten wäre unbedingt erfolgt! Außerdem sei es ihm rätselhaft, daß der Landrat Becherer, wenn er wirklich die angebliche Erzählung v. Winters von den 2000 Mk. geglaubt habe, ihm auf seine Beschwerde seinerzeit kein Wort geantwortet habe! Jakobsen schließt mit den Worten: „Warum legt der kgl. Landrat solche schwere Beschuldigungen gegen einen seiner Beamten unerörtert zu den Akten, ohne mich offen zur Rechenschaft zu ziehen? Warum schrieb er nicht: „Pfui! schämen Sie sich. Sie selbst haben ja die 2000 Mk. zur Verfügung gestellt, um einen Mann zum Meineid zu verleiten." Mag nun die Meineidstiftung von 2000 Mk. von der einen oder von der anderen Seite erfolgt sein, sie geschah im Interesse der Verpreußungspolitik und charakterisiert darum das nordschleswigsche System. Angesichts solcher Vorgänge kann man die Erbitterung der Nordschleswiger gegen das herrschende System vollauf verstehen.

Harburg. Gegen den Befähigungsnachweis hat man sich in einer Vorstandssitzung der Harburger Handwerkskammer ausgesprochen, zu der auch die Mitglieder des Ausschusses für Lehrlingswesen und zahlreiche Handwerksmeister aus dem Kammerbezirk geladen waren. Einstimmig wurde ein Beschlußantrag angenommen, in dem es heißt: „Der Kammer lehnt den Entwurf der Siebenerkommission ab, weil sie in demselben eine Förderung des Handwerks nicht erblicken kann. Nach Ansicht der Kammer wird weder das Großkapital noch das Pfuschertum durch diesen Gesetzentwurf dem Handwerk ferngehalten.

Aus Nah und Fern.

Auch ein Kleinbahn-Idyll. Zwischen der Station Püttlingen und Mondorf wurden nach der „Lothr. Volksfl." die Passagiere durch ein andauerndes, ungewöhnliches Rütteln und Stoßen der Wagen in der Kurve aufgeschreckt. Dann hielt der Tram plötzlich auf freiem Felde. Was war passiert? War der Zug entgleist? Nein. Das Personal auf der Lokomotive war sich in die Haare geraten und bearbeitete sich auf der Lokomotive gegenseitig unter Toben und Schimpfen mit Püffen und Stößen. Die Passagiere mußten den Rest des Weges bis zur Station zu Fuß zurücklegen. Als der Zug endlich puffend und fauchend in die Station einfuhr, nahmen die beiden Kampfhähne auf dem festen Boden vor dem Bahnhofe das Boxen wieder auf und traktierten sich gegenseitig mit Püffen, so, daß schließlich das Blut floß. Sprachlos schauten die Passagiere dem Schauspiel zu . . .

Der Junge muß Minister werden. Aus London wird geschrieben: Wilhelm II. Stiefel zu putzen ist das Ziel, das sich der Ehrgeiz eines Knaben namens Frederik Racik, der aus San Franzisko hier eingetroffen ist, gestellt hat. Vor einem Jahr wanderte er mit fünf Cents in der Tasche von San Franzisko zunächst nach Washington, um dort dem Präsidenten Roosevelt die Stiefel zu putzen. Unterwegs tat er das gleiche allen irgendwie hervorragenden Persönlichkeiten an die er herankommen konnte, worüber er sich Bescheinigungen ausstellen ließ. Auf diese Reise war er in Washington schon berühmt, als er dort eintraf, und Präsident Roosevelt ließ sich ebenfalls seine Dienste gefallen, worauf er Racik obendrein durch einen Händedruck beglückte. Dann machte Racik sich auf den Weg nach Europa. Die Schiffspassage arbeitete er als Stiefelputzer ab. Jetzt will er in London König Eduard VII. die Stiefel putzen, und dann soll es weiter gehen nach Berlin, um dort dem Kaiser die gleiche Dienstleistung zu erweisen.

Ein prügelnder Kadi. In einem Distrikte des Staates Mississippi war Gerichtstag, und der Richter hörte mit großer Aufmerksamkeit die Klagen einer verhärmt aussehenden Frau an, die weinend und jammernd erzählte, daß ihr Mann sie schlecht behandle und von Zeit zu Zeit sogar schlage. „Spricht Ihre Frau die Wahrheit? fragte der Richter den Ehemann. „Der Mann begann, mit einem großen Wortschwall auseinanderzusetzen, daß seine Frau die Unwahrheit sage oder doch mindestens stark übertreibe. Es fanden sich aber Zeugen, die die Aussage der Gattin bestätigten. „Das genügt," sagte der Richter, „das Gericht weiß jetzt Bescheid." Darauf verließ er seinen Platz, zog den Rock aus und begann, unter dem Jubel des Publikums dem Angeklagten höchst eigenhändig eine exemplarische Züchtigung zu teil werden zu lassen. Nach geschehener Exekution, die dem Angeklagten Prozeßkosten und Gefängnisleiden ersparte, zog der energische Kadi wieder seinen Rock an, nahm seinen alten Platz wieder ein und sprach den Angeklagten frei, da es, wie er wohlwollend erklärte, ungesetzlich wäre, einem Schuldigen, der bereits genügend bestraft sei, eine neue Strafe aufzuerlegen.

Letzte Nachrichten.

Hohensalza. Folgen einer Hänselei. Ein Kutscher wurde (nach dem „B. T.") von einem Kollegen während der Arbeit gehänselt. Er verbat sich die Hänseleien, aber erfolglos. Darauf ergriff er eine Wagenrunge und erschlug seinen Kollegen. Der Erschlagene hinterläßt eine Frau und sieben Kinder. Der Täter wurde sofort verhaftet, er ist ebenfalls verheiratet und hat eine kinderreiche Familie.

Breslau. Die Metallarbeiteraussperrung unterbleibt, nachdem die Differenzen mit den Drehern beseitigt sind.

Nürnberg. Schweres Eisenbahnunglück. Der Kölner Schnellzug, der Freitag abends 11 Uhr 20 Minuten in München eintreffen sollte, ist in Ingolstadt entgleist. Der Lokomotivführer Kuverschild und der Heizer Riedel wurden getötet. Der Zugführer Möhler wurde schwer verletzt, fünf Mitglieder des Personals und 13 Reisende leicht verletzt.

Friedrichstadt. Gerüsteinsturz. Beim Bau der neuen Gasanstalt stürzte ein Gerüst zusammen. Vier Arbeiter stürzten in die Tiefe; zwei wurden schwer verletzt.

Essen. Arbeiterrisiko. Auf der Zeche Königsgrube brach ein Grubenbrand aus. Zwei Arbeiter wurden betäubt zutage gefördert — Zufolge einer Weite erkletterten in Wann[illegible] drei Herren den Steigerturm der Feu[illegible]hr; einer stürzte von der Spitze des Turmes herab und blieb tot.

Quittung.

Für die russischen Freiheitskämpfer gingen bei uns ein:

D. N. . . . . —,50 Mk.
L. . . . . 1,—

Expedition des „L. V."

Lübecker Marktpreise vom 5. August.

Bauern-Butter Pfd. 1,20 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,30 Mk., Hasen Stck. —— Mk., Enten Stck. 3,— Mk., Hühner Stck. 1,60 Mk., Kälen Stck. 1,20 Mk., Tauben Stck. 0,50 Mk., Gänse Pfd. —,— Pf., Flickgans —,— Mk., Schweinekopf Pfd. 0,45 Mk., Schinken Pfd. 1,— Mk., Wurst Pfd. 1,20 M., Eier 9 Stck. 60 Pfg., Karpfen Pfd. —,— Pfg., Ger. Lachs Pfd. 1—2,40 Mk., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 60 Pfg., Barsche Pfd. 60 Pfg., Aal Pfd. 0,80 Mk., Aepfel, beste Gravensteiner 100 Pfd. —,— Mk., Nonnen 100 Pfd. —,— Mk., andere Sorten 100 Pfd. —,— Mk., Pflaumen 100 Pfd. — Mk., Blumenkohl, Kopf 20—30 Pfg., Hamb. Kirschen, Pfd. 25 Pfg., Kohl 100 Pfd. 10,— Mk., Gurken Pfd. 0,12 Mk., Zwiebeln 100 Pfd. — Mk., Kartoffeln, beste frans., 200 Pfd. 10,— Mk., per 10 Liter 60 Pfg., magnum bonum 200 Pfd. —,— Mk., Kartoffeln 10 Liter — Pfg.

Amtliche Notierungen der Produktenbörse.

Inländisches Getreide. Lübeck, 5. August.

Weizen, 128—130 Pfd. holl., Mk. 171,00, Roggen neuer Ernte, 120—126 Pfd. Mk. 140,00—145. Hafer je nach Qualität Mk. 142 bis 146. Gerste, je nach Qualität, Mk. 140 bis 150.

Hamburger Marktbericht.

Hamburg, 4. August 1905

Butter.

I. Qualität . . . . . Mk. 115—121
II. Qualität . . . . . „ 105—112

Eröffnungs-Viehmarkt.

Hamburg, 5. August

Der Schweinehandel verlief lebhaft.

Zugeführt wurden 1240 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preise: Feinste weiße — Mk., Versandschweine, schwere 66½—67 Mk., leichte 58 Mark Sauen 58—62 Mk. und Ferkel 63—66 Mk. pro 100 Pfund.

Für die vielen Kränze bei dem Begräbnis unseres kleinen unvergeßlichen

Gretchen

sagen allen Verwandten und Bekannten unsern herzlichen Dank. **J. Zounor** und Frau

---

Gesucht zum 15. Oktober resp. 1. November

ein jüngeres Tagesmädchen.

Schwartau, Bahnhofstraße 21, part.

Pappdächer teeren und ausbessern, à Qu.-Mtr. nur 6—7 Pfg., Garantie 2 Jahr.

H. Krüger, Dachdecker, Fleischhauerstr. 92—96.

Schmerzloses Einsetzen

künstlicher Zähne

ohne Herausnahme der Wurzeln
unter Garantie der Brauchbarkeit beim Essen
Teilzahlung gestattet.

M. Marks, Zahnkünstler, Mühlenstr. 28.

Uhrfeder einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Ernst Gentzen, Uhrmacher
Königstraße 62, b. d. Hüxstraße.

Verband d. Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.

(Zahlstelle Lübeck)

Mitgliederversammlung

am Dienstag den 8. August
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen H. Radden
2. Verbandsangelegenheiten.
3. Fragekasten.
4. Verschiedenes.

Die Kollegen der Lubecawerke (Sparkuhl) und Evers u. Comp. sind ganz besonders eingeladen.

Gesang-Verein „Einigkeit"

in Ober-Büssau.

Sommerfest

unter Mitwirkung der Norddeutsch. Kadettenkapelle
am Sonntag den 13. August 1905
im Lokale des Herrn König, Ober-Büssau.
Anfang für Kinder 4 Uhr Ball 8 Uhr.
Freunde des Vereins willkommen.
Der Aufenthalt für Nichtfestteilnehmer nicht gestattet.

Der Vorstand

Der

Neue Welt-Kalender

für 1906

ist soeben in bekannter feiner Ausstattung erschienen und lassen wir das Inhaltsverzeichnis folgen:

Kalendarium. Postwesen. Beachtenswerte Adressen. Statistisches. **Rückblick. Messen und Märkte.** Im Kreislauf des Jahres. **Villa Wanda,** von Ernst Preczang (mit Illustrationen). Großstadt-Frühling, Gedicht von Ludwig Lessen. **Unsere Forderungen an die Schule,** von Heinrich Schulz. **Vom gesunden und kranken Magen,** von Dr. R. Silberstein (mit Illustration). Sprüche. Der Friedensbote, ein Silvestermärchen von Clara Müller. **Josef Scheu und die Arbeiter-Gesangvereine,** von h. w. (mit Porträt). **Ein walzender Schuhknecht im 17. Jahrhundert,** von Alwin Adé. **Unsere Beerensträucher und ihre Kultur,** von Curt Grottewitz (mit Illustrationen). Märtyrer-Gesang, Gedicht von Robert Seidel. **Sein Sieg,** Erzählung von Wilhelm Holzamer (mit Illustrationen). **Die erste Million,** von A. v. Elm. **Südwestafrika,** von A. Südekum (mit Illustration). Abschied, Gedicht von Ernst Preczang. **Die Anfänge der proletarischen Frauenbewegung in Deutschland,** von Clara Zetkin. **Die Revolution in Rußland,** von Wilhelm Blos (mit Illustrationen). **Unsere Todten** (mit Porträts). **Fliegende Blätter.** Der höhere Gesichtspunkt, von Wilh. Schröder. Für unsere Rätsellöser. Trächtigkeits- und Brütekalender. — Hierzu vier Bilder: Der Bauer, Sonntagsruhe, Reiche Beute, Am Ort der Tat. Ein Dreifarbendruck auf Kunstdruckpapier: Ein lustiges Lied. Ein Wandkalender.

Der „Neue Welt-Kalender" ist zum Preise von **40** Pfg. zu beziehen durch unsere Buchhandlung sowie von unseren Kolporteuren und Austrägern.

Friedr. Meyer & Co., Johannisstrasse 50.

HANSA-HALLE.

Der Tanz- und Anstandsunterrichts-Kursus

für Kinder beginnt am Mittwoch den 9. August, 5 Uhr. Anmeldungen nehme am Montag den 7. August, von 6—8 Uhr im obigen Lokale entgegen.

Johs. Dohrmann, Fleischhauerstraße 28, I.

Freiwillige Kranken- und Sterbe-Kasse.

Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 6 in Lübeck.

Außerordentliche

General-Versammlung

am Donnerstag den 10. August 1905
abends 9 Uhr
im „Vereinshaus", Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

1. **Beschlußfassung über die Vereinigung der Freiwilligen Kranken- und Sterbekasse, E. H.-K. Nr. 6, mit der Kranken- und Sterbe-Kasse gewerblicher Arbeiter, E. H.-K. Nr. 24.**
2. **Auflösung der Freiwilligen Kranken- u. Sterbe-Kasse, E. H.-K. Nr. 6.**

Der Vorstand.

Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.

Konsumverein

für Stockelsdorf u. Umgegend.
E. G. m. b. H.

General-Versammlung

am Sonntag den 13. August
nachmittags 4 Uhr
im Lokale des Herrn F. L. Paetau
Fackenburg.

Der Vorstand.

Adolf Hübner, Uhren u. Goldwarenhandlung, u. Reparaturwerkstatt. Fünfhausen 13.

Stadt-Halle.

Dienstag: Benefiz W. Korth.
Mit aufgeh. Abonnement.
Gastsp. Fr. Waldheim und **Herr Meffert.**

Singvögelchen.

Liederspiel in 1 Akt von Jacobsen.

Pension Schöller.

Schwank in 3 Akten von Laufs.

Anfang 7½ Uhr. Von 7 Uhr: Konzert.

Von den im Verlage des „Vorwärts" unter dem zusammenfassenden Titel **„Kulturbilder"** herausgegebenen wichtigen Abschnitten aus der Kulturgeschichte beginnt soeben der zweite Band zu erscheinen. Dieser Band behandelt:

Die Hohenzollern-Legende

Von Max Maurenbrecher.

Vom Standpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung aus wird hier ein Bild des brandenburg-preußischen Staates gezeichnet. Wir sehen ihn entstehen aus der großen Wanderung heimatlos gewordener deutscher Bauern, und wir erfassen die Notwendigkeit, warum in diesem Staatswesen der ritterliche Adel die führende Klasse wurde. Wir sehen, wie die Hohenzollern als Fremdlinge ins Land kommen; wie der Adel aus dem Raubritter zum Getreideverkäufer ward. Wir sehen die Knechtung und Ausbeutung der Bauern und die rücksichtslose Niederwerfung der Städte, und wie die Hohenzollern darin dem Adel getreulich halfen.

Wir werden allen Nachdruck darauf legen, bei jedem einzelnen Punkte die Nebel zu zerstören, die der Volksschulunterricht, nicht nur in Preußen, sondern auch im übrigen Deutschland über die Hohenzollerngeschichte gelagert hat. Wir fragen bei allen Fürsten zuerst: was hat er als Vertreter der Monarchie für die Kultur, für die Leistungsfähigkeit und das Vorwärtskommen seiner „Untertanen" geleistet? Welchen Klassen und welchen Interessen hat seine Politik gedient? Dabei wird es unser Hauptbestreben sein, zu zeigen, was die unteren Klassen an diesem Fürstengeschlechte gehabt haben. Das Märchen vom sozialen Königtum der Hohenzollern zu zerpflücken und zu zerzausen, die Tatsachen der Wirklichkeit, die aktenmäßig feststehen, diesem Märchen entgegenzustellen, das ist unsere Absicht.

Wir rechnen auf Leser aus allen Kreisen der Arbeiterschaft, die gewillt sind, die geschichtliche Wirklichkeit zu erfahren. Aber wir denken noch ganz besonders an die schulentlassene Jugend, die anfängt, ins Leben zu treten. Ihnen hat die Schule noch eben den Kopf voll Dunst und Weihrauch geblasen; ihnen in erster Linie soll dieses Werk Befreiung, Klärung, wissenschaftliche Kenntnisse bringen. Es will an seinem Teile helfen, sie in die Reihen des kämpfenden Proletariats zu führen.

Auch dieser Band wird gegen 400 Abbildungen und Dokumente aus der Zeit bringen, mit deren Hilfe die Darlegungen des Verfassers anschaulich gemacht, das Interesse für vergangene Zeiten angeregt werden soll.

Der Band erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pfg.; jede Woche erscheint ein Heft.

Jeder Band der „Kulturbilder" ist für sich abgeschlossen, so daß der Bezug dieses Werkes nicht das Abonnement auf die folgenden Bände notwendig macht.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 50,**
sowie deren Kolporteure und Austräger.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Löwigt. Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 183. Dienstag, den 8 August 1905 12. Jahrgang.

Ein ernstes Wort zu ernster Zeit!

In der „Gleichheit“ bringt W. Kähler folgende beherzigenswerte Ausführungen:

Wacht auf! Wacht auf! Ihr habt jahrtausendelang geschlafen —
Wacht auf und seht, es will lichter Morgen werden.
Leopold Jacoby.

Die vorstehenden Dichterworte möchte man der großen Anzahl Arbeiterinnen zurufen, die sich noch immer der modernen Arbeiterbewegung gleichgiltig, ja ablehnend gegenüberstellen. Wachet auf, ihr getretenen und gedrückten, denkfaulen Menschenkinder, und seht, wie in allen Orten und in allen Landen die Sehnsucht des Proletariats nach Freiheit und Bildung wächst! Seht, wie neben dieser Sehnsucht das Bedürfnis, Brot, genügend Brot zu erringen, in den wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine Rolle spielt und spielen muß.

Immer größer wird die Zahl der Lohnsklavinnen, die vielfach Schmutzkonkurrentinnen ihrer eigenen Männer und Brüder sind, denn der „heilige“ Geldsack fühlt sich getrieben, zu Nutz und Frommen seines Profits an Stelle der kraftvollen Männerarme Frauen, jugendliche Arbeiter und noch lieber Kinderhände schuften und schanzen zu lassen. Die Gier der Unternehmer nach billigen Arbeitskräften spiegelt sich deutlich in der Reichsstatistik wider, nach welcher die Beschäftigung der weiblichen und jugendlichen Arbeiter in den Fabriken Deutschlands 1903 wieder recht beträchtlich zugenommen hat. Im Jahre 1904 dürfte die Zahl der Arbeiterinnen nicht zurückgegangen, sondern weiter in die Höhe geschnellt sein. Hunderttausende und aberhunderttausende Frauen und Mädchen, die in der Fabrik, der Werkstatt oder daheim dem Broterwerb nachgehen, unterstehen der Botmäßigkeit der sogenannten Brotgeber, des ausbeutenden Kapitals. Das bedeutet aber nichts anderes, als daß sie an dem Kampfe um Brot und Freiheit teilnehmen müssen, in dem die moderne Arbeiterbewegung steht. Wenn sie ihm noch länger fernbleiben, so machen sie sich nicht nur des Verrats an ihren Angehörigen und ihrer Klasse schuldig, sondern sie schneiden sich obendrein gleichsam ins eigene Fleisch.

Denn Arbeiterin sein, das heißt in der heutigen Ordnung nichts anderes, als zum Vorteil, zum Profit fremden Reichtums ausgebeutet werden, das heißt Sorge, Entbehrungen und Unrecht tragen, vielleicht auch Hunger und Schmach. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen bedingt das, welches die Grundlage dieser Ordnung ist. Wollen die Arbeiterinnen als gleichberechtigte Menschen leben, so müssen sie daher mit ihren Arbeitsbrüdern zusammen den Sturz des Kapitalismus herbeizuführen suchen, der für alle Enterbten, Ausgebeuteten Sklavenketten schmiedet. Erst wenn es mit der Herrschaft des Kapitalismus vorbei ist, ist es auch mit der Sklaverei, dem Elend der Arbeiterinnen völlig vorbei.

Allein es genügt nicht, die freie, schöne Zukunft erobern zu wollen, es gilt, schon die Gegenwart leichter zu gestalten und dadurch die Kräfte der Lohnsklavinnen zu stärken und zu mehren, die sie in den Kampf für ihr volles Menschentum einsetzen können. Darum, ihr Arbeiterinnen, fordert es euer Interesse und es ist eure Pflicht, daß ihr mit aller Energie danach strebt, euere Lage von Tag zu Tag zu verbessern. Nutzt § 152 der Gewerbeordnung aus, der euch das Recht der Koalition, das heißt des Zusammenschlusses mit eueren Berufsgenossen gibt, vereinigt euch mit eueren Arbeitsschwestern und Arbeitsbrüdern, um euere Arbeitskraft, euer einziges Gut, gegen die kapitalistische Ausbeutungsgier zu schützen. Höherer Lohn, kürzere Arbeitszeit, gesunde, menschenwürdige Arbeitsbedingungen, das sind die Forderungen, für deren Verwirklichung ihr gemeinsam ringen und kämpfen müßt. Glaubt nicht, daß eine einzige von euch in dem Kampfe um euer Recht, eure Menschenwürde überflüssig sei. Im Gegenteil, es ist nicht nur aller Recht, sondern aller Pflicht, sich an der modernen Arbeiterbewegung zu betätigen. Arbeiterinnen, sucht daher nicht alle möglichen und unmöglichen Gründe, die beweisen sollen, daß die Organisation für euch nutzlos wäre. Sie ist allen nützlich, ja so unentbehrlich wie's Brot. Ein großer Teil verheirateter Arbeiterinnen, die zu Hause für den Erwerb arbeiten, glauben, es sei genug, wenn der Mann organisiert sei, von ihrem eigenen bischen Verdienst lohne es sich nicht, Verbandsbeiträge zu zahlen. Sie vergessen oder sie begreifen nicht, daß gerade die sogenannte Nebenarbeit es ist, die unzählige Arbeiterinnen zwingt, zu wahren Hungerlöhnen ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Wenn sie selbst sich mit ihrem kargen Verdienst begnügen wollen, so müssen sie um ihrer Schwester willen durch die Organisation bessere Löhne erkämpfen.

Auch die jungen Mädchen, die in Jugendmut und Jugendhoffnung sich wenig um die bessere Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen kümmern, handeln unrecht, und gar bitter rächt es sich stets, daß sie den Kopf von allem möglichen Firlefanz voll haben und nur als Hauptsorge kennen, sich hübsch zu machen, damit recht bald ein Freier kommt, der sie der Fron der Erwerbstätigkeit enthebt. Meist stürzen alle gebauten Luftschlösser in sich zusammen. Bei weitem nicht alle Arbeiter können heutigentags mit ihrem Verdienst eine Familie erhalten. Gar leicht treten obendrein widrige Verhältnisse ein, Wirtschaftskrisen verbunden mit Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. Nur zu oft wird die junge Frau gezwungen, wieder auf die Arbeitssuche zu gehen und das Joch der Lohnsklaverei weiter zu schleppen. In diesem Falle hat sich die Situation verändert; früher schaffte die Betreffende für ihre eigenen Bedürfnisse, als Frau und Mutter muß sie auch für Brot und Kleidung für ihre Kinder schaffen, bei Arbeitslosigkeit wohl noch für den Mann. Nun spürt sie doppelt und dreifach, wie ihre Kraft zum Vorteil einiger weniger ausgebeutet wird, und zwar noch härter ausgebeutet als die des Mannes.

Arbeiterinnen, wacht auf! Begreift, daß die Forderung: gleicher Lohn für gleiche Arbeit, daß die Hebung eurer Arbeitsbedingungen die Verbesserung eurer Lebenshaltung in sich birgt! Bedenkt, daß jede Schwankung im Arbeitsverhältnis des Mannes, des Vaters, von folgenschwerer Bedeutung für euch selbst und für eure Lebensbedingungen ist. Erinnert euch daran, daß die Lebensmittelpreise in gar keinem Verhältnis zu dem Preise der Arbeitskraft, zu den Arbeitslöhnen stehen. Die Organisation ist die Macht, die der Profitgier der Unternehmer bessere Arbeitsbedingungen für euch und die eurigen abtrotzt.

Väter und Mütter, ihr habt die Pflicht, schon das junge heranwachsende Proletariat mit dem Ideengehalt der modernen Arbeiterbewegung vertraut zu machen und eure Töchter anzuspornen, sich mit ihren Arbeitsbrüdern und -Schwestern zu vereinigen, um so geschlossen gegen die Nücken und Tücken des herrschenden Geldsacks Front zu machen.

Proletarierinnen, bedenkt, daß eure Gleichgültigkeit die Macht der Kapitalistenklasse stärkt und erhält. Besinnt euch auf eure Interessen, folgt dem Werberuf eurer Klassengenossen und schließt euch euren Berufsorganisationen an, werdet Kämpferinnen im Heere der Sozialdemokratie. Vereinigt euch mit allen Unterdrückten und Ausgebeuteten. Der Völkerfrühling naht. Helft der Zukunft den Weg bereiten. Hinein in die Organisation, dem Proletariat zum Schutz, der Kapitalistenklasse zum Trutz!

Soziales und Parteileben.

Eine Härte in unserer Invalidenversicherungs-Gesetzgebung. Der § 46 des Gesetzes vom 19 Juli 1899 lautet im Eingang: „Die aus der Versicherungspflicht sich ergebende Anwartschaft erlischt, wenn während zweier Jahre nach dem auf der Quittungskarte verzeichneten Ausstellungstag ein die Versicherungspflicht begründetes Arbeits- oder Dienstverhältnis, auf Grund dessen Beiträge entrichtet sind, oder die Weiterversicherung nicht oder in weniger als insgesamt zwanzig Beitragswochen bestanden hat.“ Von sozialdemokratischer Seite ist im Reichstage schon öfter darauf hingewiesen worden, daß diese Bestimmung zu Härten führt. Zu dieser Ueberzeugung bekennt sich jetzt auch die „Köln. Ztg.“. Sie schreibt, jene Bestimmung entspreche nicht den sozialpolitischen Absichten des Gesetzes und sei geeignet, „in den Kreisen, die unter die Versicherung fallen, Mißtrauen gegen die Wohltaten der Versicherungs-Gesetzgebung zu erwecken.“ Dann heißt es weiter: „Unsere Behörden, die in häufige Berührung mit der Invalidenversicherung treten, und die insbesondere, wenn auf Grund des § 46 die Anwartschaft auf die Rente aberkannt werden muß, fühlen, welche merkwürdigen Folgen dieser Gesetzesparagraph mit sich führt. wie er in dem von ihm Betroffenen den Stachel zugefügten Unrechts zurückläßt, haben jedenfalls schon eingehend über den vorhandenen Mißstand Erwägungen angestellt. Dies läßt sich daraus entnehmen, daß durch Rundschreiben des Reichsversicherungsamts vom 24. März 1901 die freiwillige Fortsetzung der Versicherung durch Strafgefangene angeregt wird, daß ferner auf dem neuen Formular, das für die Versicherungskarten vom 1. Oktober ds. Js. in Anwendung gelangen soll, durch Ueberdruck, allerdings in nicht sehr klarer Weise, besonders auf die Bestimmung des § 46 aufmerksam gemacht wird. Aber das sind halbe Maßnahmen, die vielleicht dann noch gerechtfertigt sein könnten, wenn wenigstens nur durch ein gewisses passives Zutun, d. h. dadurch, daß von dem Rechte der Weiterversicherung durch den Versicherten nicht Gebrauch gemacht wird, der Rentenanspruch verloren gehen könnte. Das ist aber nicht der Fall. Im Heft XVIII der Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes ist auf Seite 480 ausdrücklich festgestellt, daß zur Erhaltung der Anwartschaft nicht der Nachweis versicherungspflichtiger Beschäftigung, ohne daß für diese Marken geklebt sind, genügt. Danach aber ist es möglich, daß ein Versicherungspflichtiger die Anwartschaft schuld- und ahnungslos verliert, weil sein Arbeitgeber die Versicherung ohne sein Wissen und Wollen unterlassen hat, sei es, daß ein Abkommen vorlag, nach dem der Arbeitgeber die volle Versicherung übernommen hatte, und er dann die Versicherung überhaupt nicht ausführte, sei es, daß er sogar die von dem versicherungspflichtigen Arbeitnehmer ihm gegebenen Versicherungsbeiträge unterschlug, ohne eine Versicherungskarte anzulegen. Aehnlich liegt der Fall, wenn Versicherungskarten verloren gehen, ohne daß bei der Verhandlung über die Karte auf irgend eine Weise der Beweis geführt werden kann, daß vom Versicherungsanwärter geklebt wird. Nach unserer Ansicht müßte man hier aber auch solche Maßnahmen aus dem Grund nicht anwenden, weil unsere niederen Volkskreise von den Wohltaten des Gesetzes, das im Wege des Zwanges gegen sie zur Durchführung gelangt, noch nicht genügend überzeugt sind, um den Weg der Weiterversicherung einzuschlagen; weil ferner große Teile der Bevölkerung das Gesetz gar nicht kennen oder — denken wir z. B. an die des Deutschen nur mangelhaft mächtigen Polen, an Analphabeten oder solche, die aus Mangel an Uebung das Lesen verlernt haben — die auf der Versicherungskarte abgedruckten Bestimmungen gar nicht lesen können; weil endlich Indolenz und Nachlässigkeit ein sehr verbreitetes Uebel ist, das das Mittel der Weiterversicherung wenig zur Anwendung gelangen läßt. Ein Verfallen gezahlter Beiträge und der Rechte aus dieser Beitragszahlung mag zwar anwendbar erscheinen bei privaten Versicherungsanstalten, aber der Staat, der eine gesetzliche Zwangsversicherung einführt, sollte sich nicht Vorteile schaffen durch Versicherungsbeiträge, die er für die Rentenfestsetzung durch gesetzliche Bestimmungen wegen Zeitablaufs und Nichtfortsetzung oder nicht genügend langer Fortsetzung der Ver-

Um den Lorbeer der Wissenschaft.

Roman von Friedrich Thieme.

40. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Zum ersten Male schoß jetzt der jungen Dame ein entsetzlicher Gedanke durch den Kopf.

Hatte nicht dieser Mann ihre Wohnung umschlichen und durch das Fenster spioniert? Und nun stellte sich heraus, daß derselbe Unbekannte ein eifriger Sammler afrikanischer Waffen war — und mit einer afrikanischen Kriegsaxt war der Schlag gegen ihren Bruder Leopold geführt worden. Reinhart mußte unschuldig sein, sein Charakter schloß eine so rohe und hinterlistige Handlung unter allen Umständen aus — ein Raub oder Raubversuch lag nicht vor, sondern sicherlich ein Mordanfall aus anderen Motiven — jemand mußte doch der Täter sein — warum sollte nicht der Mann, mit dem das Schicksal sie hier zusammenführte, die Tat vollbracht haben?

Aber was war er und was für einen Anlaß hatte er er zur Verfolgung ihres Bruders? Vergebens sann sie hierüber nach. Außerdem — täuschte sie nicht eine vage Aehnlichkeit? Vielleicht entstellte damals wirklich ein Weinblatt die Züge des Fensterlauschers, und das Feuermal des Fremden spiegelte ihrer aufgeregten Phantasie eine Aehnlichkeit damit vor? War es doch am Abend, als die Erscheinung sich gezeigt, und draußen finster und schwarz! Um so schärfer hatten sich indessen die Konturen des unheimlichen Gesichts am Fenster abgedrückt und das helle Licht der Salonlampe war damals voll und blendend darauf gefallen!

Wera zitterte förmlich, als der Gedanke sie beschlich, sich tiefer und tiefer in ihr Inneres nistend und schon nach wenigen Minuten sich fest und sicher in ihm festklammernd, als wolle er sie nimmer wieder loslassen.

Das Essen kam, sie vermochte kaum einige Bissen hinunterzuschlingen. Auch von der Unterhaltung am Nachbartisch hörte sie nichts mehr, ihr ganzes Denken stand im Bann der neuen Idee!

„Aber liebe Wera, Sie essen ja gar nicht“, klang es vorwurfsvoll aus dem Munde der Tante.

„Ihrer Behauptung zum Trotz, daß das Reisen guten Appetit macht, liebes Fräulein“, spottete gutmütig der Baurat.

„Abwarten“, räsonierte die Dame. „Folgen Sie mir, Wera, versuchen Sie ein Stück von dem Rebhuhn, es ist delicios — oder nehmen Sie wenigstens etwas Kompott — auch nicht? Mein Gott, Sie sind ja schneeblaß und verfärben sich immer mehr — ich fürchte wirklich, Sie sind kranker als wir ahnen?“

„In allem Ernste, Fräulein Sekal, fühlen Sie sich nicht wohl?“ forschte sorglich Baurat Claar.

Das Gespräch am Nebentische war verstummt, die beiden Herren waren aufgestanden und nur der Unbekannte mit dem Feuermal zurückgeblieben, den Kopf sinnend in die Hand gestützt, saß er schweigend und starr, er schien seiner Umgebung keinerlei Aufmerksamkeit zu widmen, aber die ziemlich laut gesprochenen Worte des jovialen Baurats erreichten doch sein Ohr — oder war es Zufall, daß er einige Augenblicke das Haupt erhob und mit gespannten Augen nach dem andern Tische hinüberspähte?

Unwillkürlich wandte sich Wera, bestürzt über die Nennung ihres Namens, nach ihm um; beider Blicke berührten sich und beide schienen unangenehm betroffen von dem zufälligen Rendezvous. Ein Anflug von Purpur überhauchte Weras Wangen, während der Fremde seinen Augen rasch eine andere Richtung gab.

„Ganz wohl“, flüsterte das junge Mädchen ihrem Begleiter zu.

„Aber Ihr Aussehen —“

„Bst — leise, Tante Doris — mir ist etwas Seltsames begegnet — beeilen wir uns, damit wir hinauskommen — ich muß etwas Wichtiges mit Ihnen reden.“

„Was denn, mein Kind?“

„Nicht hier — ja nicht — ich brauche Ihren Rat, Ihre Erfahrung — auch die Ihre, Herr Baurat —“

Sie beugte sich geflissentlich auf ihren Teller nieder, sich anstellend, als sei sie eifrig mit dem Inhalt beschäftigt.

Nach kaum einer Viertelstunde verließen unsere drei Reisenden den Speisewagen, nahmen ihre Sitze wieder ein und Tante Doris wandte sich, ihren Arm um Weras Taille legend, in leisem, dringlichen Tone an ihren Schützling:

„Nun, liebe Wera, was gibt es?“

Wera blickte scheu um sich — sie befanden sich in ihrem Abteil allein, da die beiden anderen Insassen ebenfalls den Speisewagen aufgesucht hatten.

„Haben Sie den Herrn bemerkt, der am Nebentische saß, der lange Mann mit dem brennend roten Mal im Gesicht?“

„Nicht daß ich wüßte,“ äußerte Tante Doris überlegend.

„O doch,“ rief Claar lebhaft. „Ganz recht — schon heute früh auf dem Bahnhof in Frankfurt —“

„Ganz recht, da sah auch ich ihn zum ersten Male — oder eigentlich nicht zum ersten Male —“

„Was ist mit ihm?“ fragte Fräulein Richter.

„Es ist derselbe, der vor einigen Tagen zu unserem Fenster hereinlugte und mich so erschreckte.“

„Derselbe!?“

„Ja — und“ — Wera atmete tief und brachte ihren Mund dicht an das Ohr der alten Dame — „es ist der Mörder Leopolds!“

Die Tante fuhr zurück.

„Deines Bruders — unmöglich — wie kommst du darauf?“

„Was sagt das Fräulein?“ erkundigte sich Claar, der die leise geflüsterten Worte nicht verstanden hatte.

Tante Doris raunte ihm eine Bemerkung zu, worauf er

sicherung für unwirksam erklärt. Der Staat allein hat den Vorteil von dem Verfalle der Beiträge und der Anwartschaft auf die Rente, weil er die der Versicherungsverwaltung fehlenden Summen als Zuschuß zu leisten hat." — Diese Erwägungen sind von Sozialdemokraten schon wer weiß wie oft angestellt worden. Die in Rede stehende Gesetzesbestimmung kennzeichnet sich auch noch in anderer Weise als eine ungerechte: sie ermöglicht sogar, daß jemand die Versicherung fortsetzen will, aber hierzu außer stande ist; das Gesetz hindert ihn daran. Dies ist der Fall bei allen Versicherungspflichtigen, die aus irgend einem Grunde die Heimat für längere Zeit verlassen. Selbst in den deutschen Kolonien können sie die Versicherung nicht fortsetzen, weil weder Konsulate noch Gouvernements Versicherungskarten ausstellen und der Abgewanderte, falls er in der Heimat sich eine neue Versicherungskarte ausstellen lassen wollte, entweder überhaupt nicht oder erst nach langen Verhandlungen, während welcher die gesetzliche Frist verstreichen würde, eine zur Ausstellung der Karte bereite Behörde zu finden vermöchte.

Ueber die Zulassung der Gewerkschaftssekretäre als Parteivertreter bei den Gewerbegerichten verhandelte eine Konferenz der Vorsitzenden und Sekretäre niederrheinischer Gewerbegerichte in Duisburg. Die Konferenz stellte sich einmütig auf den Standpunkt, daß die Gewerkschaftssekretäre sowohl als Parteivertreter wie auch als Parteibeistand zuzulassen sind, wenn sie in dieser Eigenschaft weder gewerbs- noch geschäftsmäßig auftreten und nicht etwa selbst Beisitzer eines Gewerbegerichts sind.

Die Regierung im Kampf gegen die Bauunternehmer in Rheinland-Westfalen. Der Regierungspräsident in Düsseldorf hat die Behörden auf einen Erlaß hingewiesen, der verbietet, daß die Unternehmer ausländische Arbeiter in das Aussperrungsgebiet schaffen. Der Kampf spitzt sich immer mehr zu. Jedenfalls wird sich der Regierungspräsident in Berlin erst vergewissert haben, ehe er auf den Erlaß aufmerksam machte, da die Unternehmer über unberechtigte Einmischung zetern werden.

Der sächsisch-thüringische Weberei-Verband beschloß, allen Weberei-Arbeitern zu kündigen. Die Entlassung der Arbeiter soll eintreten, wenn die Färberei-Arbeiter die Arbeit nicht wieder aufnehmen sollten. Der Beschluß bedeutet die Ablohnung von 28000 Arbeitern. — Das sind moderne Unternehmer.

Aus dem Parteitags-Komitee in Jena ersucht man um die Veröffentlichung dieser Notiz: Das Parteitags-Komitee hat in einer der letzten Versammlungen des Wahlvereins berichtet über die Vorarbeiten, die der Parteitag nun einmal als Begleiterscheinung hat. Dabei haben auch einige Abende zur Unterhaltung oder Abwechselung für die Delegierten Berücksichtigung gefunden. Nachdem nun unsere Berichterstatter in der „Tribüne" die Verhandlungen der betreffenden Wahlvereins-Versammlung veröffentlicht hat, kommen einige Parteiblätter und erklären, die Jenaer Genossen bieten des Guten zu viel. Dem ist nicht so! Was soll denn eigentlich geboten werden?! Sonntag, den 17. September, wenn der Parteitag seine geschäftlichen Angelegenheiten erledigt hat, die gewöhnlich $1\frac{1}{2}$—2 Stunden in Anspruch nehmen, soll von 9 Uhr ab ein Empfangskommers stattfinden. Am Montag vollständig frei. Die Delegierten sollen sich an dem Abend von den Strapazen erholen. Am Dienstag Volksversammlung. Nun soll Mittwoch nachmittag ein Ausflug nach der Leuchtenburg (natürlich bei gutem Wetter) unternommen werden, vorausgesetzt, daß der Parteitag dementsprechend beschließt. Auch dieser Ausflug würde keine Strapaze, sondern eine Erholung für die Delegierten sein. Aber außerdem würde dieser halbe Tag, der den Verhandlungen entzogen werden soll, doch nicht die Geschäfte des Parteitages stören — im Gegenteil fördern. Am Donnerstagabend ist ein Instrumentalkonzert geplant, ein Kunstgenuß, der wahrlich unseren lieben Gästen wiederum keine Anstrengung verursacht. Ob aus dem humoristischen Abend, der am Freitag stattfinden soll, etwas wird, steht noch dahin. Aber sollte letzteres der Fall sein, dann nur keine unnötige Sorge, wir glauben, sie ist nicht recht am Platze. Das Parteitags-Komitee hat sich mit dem Parteivorstand schon längst in Verbindung gesetzt und beide Teile sind der Ansicht, daß die Vergnügen, und hauptsächlich die kostspieligen, unterbleiben sollen und das geschieht in Jena bestimmt.

Neue Polizeibrutalitäten gegen die sozialistische Agitation. Der Sozialistische Jugendverein von Kopenhagen hatte am vorigen Dienstag an das Ministerium für öffentliche Arbeiten das Ersuchen gerichtet, am 30. Juli und an den vier Sonntagen im August auf dem Rasenplatz vor dem Park Söndermarken Versammlungen abhalten zu dürfen, und erhielt darauf vom Minister Högsbro die Antwort, daß das Ersuchen für den nächsten Sonntag zu spät eingetroffen sei, sowie daß hinsichtlich der folgenden vier Sonntage noch Beschluß gefaßt werden solle. Diese Antwort wurde vom Jugendverein als eine direkte Ablehnung aufgefaßt und man entfaltete nun eine starke Agitation für den Besuch der geplanten Versammlung am 30. Juli. Es hatten sich denn auch ungefähr 1000 Personen vor der roten Fahne versammelt. Da fand sich ein Polizeibeamter ein und ersuchte den Vorsitzenden Mikkel Christensen dringend, von der Versammlung Abstand zu nehmen. Das hatte aber keinen Erfolg und jener entfernte sich, um bald darauf mit vier Schutzleuten, denen in kurzer Zeit 20 andere folgten, zurückzukehren. Sie stürzten sich auf die Versammelten, drängten und stießen sie zur Seite. 3 Schutzleute packten Mikkel Christensen und beförderten ihn zur Wache. Darauf bestieg eine Fabrikarbeiterin, Elna Christensen, die Rednertribüne. „Schmeißt das dreckige, rotnäsige Frauenzimmer herunter", schrie ein Schutzmann und kurz darauf hatte man auch sie festgenommen. Außerdem wurden auch noch acht Personen verhaftet. Während die Polizei die Verhafteten zur Wache brachte, marschierte die Menge durch Söndermarken und jenseits auf freiem Felde wurde sodann ungestört eine Versammlung abgehalten, an der 2500 Menschen teilnahmen. Dann marschierte die Menge, den Sozialistenmarsch singend, durch Valby bis vor die Polizeistation in der Pileallee, wo ein Hoch auf den internationalen Sozialismus ausgebracht wurde. Die Verhafteten wurden abends zwischen $8\frac{1}{2}$ und 9 Uhr nacheinander wieder freigelassen. Der Erfolg der Polizeitaten konnte natürlich nur der sein, daß die Agitation um so wirkungsvoller war.

Aus Nah und Fern.

Die Unschuld vom Lande. Aus Wiesbaden schreibt ein Leser der „Frkft. Ztg.": „Meine Frau vermißte seit einiger Zeit verschiedene kleinere Gegenstände; auch mein Zigarrenbestand zeigte eine bedenkliche Abnahme, die von mir allein nicht herrührte; kleine Kinder, die die Sachen verschleppt haben könnten, besitzen wir nicht und das Dienstmädchen, ein 16jähriges Ding vom Lande, mit treuherzigen blauen Augen, konnte unmöglich die Diebin sein. Die Sache wäre wohl nie ans Licht gekommen und von meinen guten Zigarren wären noch mehr verschwunden, wenn meiner Frau nicht zufällig eines Tages das Gebetbuch des Mädchens mit einem sog. Beichtspiegel in die Hand gefallen wäre, und da las sie zu ihrem Erstaunen in den großen schwerfälligen Schriftzügen, die auch das Küchenbuch unserer Anna aufwies, folgendes: .... VII ich habe gestohlen, der Frau 3 Paar Strümpfe, eine Hutnadel, dem Herrn zwölf Zigarren, 25 Zigaretten usw. — Angezeigt haben wir die Sechzehnjährige mit den treuherzigen blauen Augen natürlich nicht, aber unser nächstes Dienstmädchen muß wieder fromm sein, das haben wir uns vorgenommen."

In einer Höhle gefangen. In der bei Milspe unweit Schwelm in Westfalen belegenen großen Kluterhöhle hatte sich dieser Tage ein 70jähriger Besucher verirrt. Nachdem der Bedauernswerte volle zwei Tage und Nächte ohne jegliche Nahrung in der Höhle zugebracht hatte, wurde er durch zufällig des Weges kommende Spaziergänger völlig entkräftet zwischen den Felsen aufgefunden und an das Tageslicht befördert. Die Kluterhöhle ist nach Angaben von Fachleuten die größte Höhle Deutschlands; sie stellt ein fast endloses Labyrinth von Gängen im Kalksteingebirge vor und ist ohne eigentliche Wege und natürlich auch ohne jede Beleuchtung.

Heldentod eines Eisenbahners. Sonnabend früh fand auf der österreichischen Nordwestbahnstrecke in der Nähe der Station Spillern ein Bahnwächter, der einem andern das Leben retten wollte, hierbei selbst den Tod. Kurz vor Eintreffen des Personenzuges Nr. 6, der nach 6 Uhr morgens die Station Spillern ohne Aufenthalt passiert, bemerkte der Bahnwächter Johann Schromm, der vor sein Häuschen getreten war, um den Zug zu erwarten, einen Mann auf dem Bahngeleise liegen. Offenbar war es ein Selbstmörder, der die Absicht hatte, sich von dem heranbrausenden Zuge töten zu lassen. Rasch und beherzt sprang der Bahnwächter auf die Schienen und wollte den Mann von dem Geleise wegziehen. Doch dieser wollte seine Absicht nicht aufgeben und es entspann sich ein verzweifeltes Ringen. Schließlich gelang es dem Bahnwächter, den Lebensmüden von dem Geleise wegzureißen, doch inzwischen war schon der Zug herangekommen. Der Bahnwächter, der im Eifer des Kampfes darauf nicht geachtet hatte, wurde nun selbst von der Lokomotive erfaßt und starb einen grauenvollen Tod unter dem Zuge. Er hinterläßt eine Witwe mit sieben unmündigen Kindern. Der Selbstmörder, der früher Gemeindediener war und Franz St. heißt, ist 47 Jahre alt und befindet sich in gerichtlicher Verwahrung.

Nancy. Wegen Lustmordes an einem neunjährigen Knaben hat das Schwurgericht den 26jährigen Justin Bulin zum Tode verurteilt. Die Hinrichtung wird auf einem öffentlichen Platze in Nancy stattfinden. — Wird das aber „erzieherisch" auf die gaffende Menge wirken!

Quittung.

Im Monat Juli gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kreis: 1100,—; 3. Kreis: 1000,—: 4. Kreis (Ost): 4000,—; 4. Kreis (Südost): 2000,—; 5. Kreis: 500,—; 6. Kreis: 5700,—; Berlin, diverse: 377,40; Bremerhaven und Umgegend, Soz. Verein 200,—; Breslau 40,—; Bern 50,—; Beuthen O.-Schl. von den Parteigenossen 5,—; Breslau, Sozialdemokratischer Verein für Juli 200,—; Koburg, Sozialdemokratischer Landesverein 30,—; Chemnitz, aus dem Verbreitungsbezirk der „Volksstimme" 2000,—; Kassel-Melsungen, Wahlkreis 50,—; Crimmitschau 200,—; Cöslin, Verband der Fabrik-, Land- und Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen 20,—; Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück für Juli 25,—; Gutschdorf bei Striegau 5,—; Gotha, Parteibeitrag für Juli 30,—; Gelsenkirchen-Bochum Haltingen 258,—; Heddernheim, erster nassauischer Kreis 200,—; Hof, Sozialdemokratischer Verein 25,—; Hamburg, in der Expedition des „Hamburger Echo" im Monat Juli eingegangen 61 50; Karlsruhe, Sozialdemokratischer Verein 100,—; Leipzig, 12. und 13. sächsischer Reichstagswahlkreis 20 000,—: Luckenwalde, Rufus 5,—; München, Gau Südbayern 148 54; Nürnberg, Dr. S. 5,—; Oberstein u. Umgegend, Volksverein, 2 Quartal 14,24 (dar.: Elende Obersteiner 3,10); Oberlangenbielau, Parteibeitrag 64,30; Pforzheim, Land, Agitationskommission 30,—; Peterswaldau 15,70; Rawitsch, Wahlverein 3 90; Ronsdorf, Lennep-Remscheid-Mettmann, Sozialdemokratischer Verein, 2. Quartal 166,18; Reichenbach, Wahlverein 20,—; Randow-Greifenhagen, Sozialdem. Wahlverein 100,—, Stettin, Wahlkreis 500,—; Staßfurt, Wahlkreis Calbe-Aschersleben 150,—; Stuttgart, G. U. 10,—; Solingen, Kreiskomitee, 2. Quartal 120,—; Teltow-Beeskow-Charlottenburg, Zentralwahlverein, für Monat Juli 250,—; Vegesack, Sozialdemokratischer Verein d. III. oldenburger Reichstagswahlkreises 25,—; Viersen, auf einer roten Kindtaufe gesammelt 4,—; „Vorwärts", Ueberschuß vom 2. Quartal 25 662 30: Buchhandlung Vorwärts 35 000,—; Wandsbeck, Wahlverein 650,—; Württemberg 100,—.

Für die Bergarbeiter noch nachträglich eingegangen und dem Unterstützungsfonds der sozialdemokratischen Partei überwiesen: Wurzen, von den Parteigenossen des 11. sächsischen Reichstags-Wahlkreises, 5 Rate 108,76, desgl. 6. Rate 52 38. München, durch den Kassierer des Sozialdemokratischen Vereins 20 40. Friedberg (Hessen) 49 80. Mittweida, Ungenannt 50,—. Charlottenburg, gesammelt auf dem Stiftungsfest des „Lotterievereins von 1900" 13 40. Berlin, 2. Kreis, auf Listen 334 59. Hamburg, in der Expedition des „Echo" eingegangen 1848 84 Sa. Mk. 2478,17.

Für die Hinterbliebenen der verunglückten Bergleute der Zeche „Borussia" eingegangen und dem Vorstande des Vereins Deutscher Berg- und Hüttenarbeiter überwiesen: Berlin, gesammelt am 15. Juli auf dem ersten Stiftungsfest des Kegelklubs „Gut Holz" 6,25.

Berlin, den 2. August 1905.

Für den Parteivorstand:
J. V.: W. Eberhardt, Lindenstraße 69.

---

gleichfalls befremdet und gespannt das junge Mädchen anblickte.

„Hören Sie," versetzte Wera, und mit zitternder Stimme gab sie eine Darstellung ihres Ideenganges, von ihrer festen Ueberzeugung der Unschuld Dr. Hohls ausgehend, und alle Momente aufzählend, die sie zu ihrer Folgerung geführt. Mit gespannter Aufmerksamkeit lauschten die Zuhörer, doch als sie geendet, schüttelte Claar zweifelnd den Kopf.

„Mit der Sammlung, Fräulein Sekal, kann es Zufall sein," meinte er bedenklich. „Nur dann hätte diese Feststellung einen Wert, wenn Ihre andere Wahrnehmung richtig ist, und daran möchte ich doch nicht so ohne weiteres glauben. Sie befanden sich damals wie heute in einem Zustande außerordentlicher Gärung der Empfindungen, welcher die Objektivität und Sicherheit des Urteils ausschließt. Ein vager Augenblickeindruck kann Sie getäuscht haben, schon die bloße Uebereinstimmung der Art und Weise des Erblickens der Erscheinung, der Umstand, daß in beiden Fällen das Antlitz plötzlich am Fenster auftauchte, konnte eine Ideenassoziation bewirken, die Ihr Urteil verwirrt — sind Sie nicht derselben Ansicht, Tante Doris?"

Die alte Dame wiegte bedächtig den grauen Kopf.

„Ja und nein," erklärte sie sich nach kurzem Schwanken. „Solche sich blitzartig aufdrängenden Ueberzeugungen sind oftmals von höherem Wert, als die Ergebnisse langer und von der Vernunft diktierter Beobachtungen. Allerdings stimme ich Ihnen darin bei, daß die von Wera angeführten Punkte nicht allein hinreichend sind, eine Beschuldigung gegen den Mann zu begründen — was in aller Welt hätte er denn für einen Beweggrund gehabt?"

„Ich weiß es nicht," antwortete Wera unruhig. „Wenn wir nur seinen Namen wüßten — ich könnte dann sofort nach Hause schreiben und anfragen, ob er Papa oder Leopold bekannt ist und ob möglicherweise zwischen letzterem und dem Fremden zu irgend einer Zeit ein Zusammenstoß stattgefunden hat."

„Den Namen können wir sofort erfahren," versicherte Claar. „In der zweiten Abteilung von hier sitzt der Herr, mit dem sich der Unbekannte an unserem Nachbartische unterhielt — der wird ihn sicherlich kennen. Ich sah den Herrn vorhin dort hineingehen. Was kann es verschlagen, wenn ich mich bei ihm erkundige?"

„O, tun Sie es, Herr Baurat," bat Wera dringend. „Sie würden mich zu heißem Dank verpflichten — nur verfahren Sie vorsichtig, daß der Fremde selber nichts davon merkt."

„Versteht sich, versteht sich, liebes Fräulein," nickte lächelnd der Baurat, indem er ohne weiteres aufstand und sich entfernte.

Schon nach wenigen Minuten kehrte er zurück.

„Hab' ihn schon," rief er triumphierend. „Stellte mich, als käme mir der Herr bekannt vor und könnte mich nur nicht auf ihn besinnen. Es ist ein Privatgelehrter Doktor Möllenscheidt aus Dortmund."

„Doktor Möllenscheidt!" rief das junge Mädchen emporfahrend.

„Kennen Sie ihn?"

„Wie sollt' ich nicht — mit einem Doktor Möllenscheidt führte Leopold kurz nach seiner Rückkehr aus Afrika einen erbitterten Zeitungskrieg. Dieser Herr ist der Verfasser eines Werkes über die Lebensweise der afrikanischen Naturvölker — Leopold hat dies Werk rezensiert und den gesamten Inhalt als wertlos und auf mangelhafter Kenntnis von Land und Leuten beruhend bezeichnet. Darüber war nun Doktor Möllenscheidt aufs äußerste empört, in seinem Briefe überhäufte er Leopold mit den ärgsten Schmähungen, warf ihm vor, daß er ihn ruiniert und seine Existenz untergraben habe. Leopold sagte uns, er sei ein Ignorant; so leid ihm der arme Teufel auch tue, könne er ihm nicht helfen, die Wahrheit stehe über dem Individuum. Alle namhaften Gelehrten standen auf seiner Seite."

Claar und Tante Doris hörten erstaunt Weras Mitteilung.

„Also doch," rief der Baurat, „also doch eine Verbindung zwischen ihnen — und gar so eine! Dann allerdings, Fräulein Sekal, wäre ein Motiv vorhanden und die Möglichkeit, daß Ihre Annahme sich bestätigt, wenigstens nicht ausgeschlossen.

„Darum schaute er mich auch so seltsam an," fuhr Wera mit steigender Erregung fort. „Man sagt, ich sei Leopold sehr ähnlich, diesen kennt er persönlich, denn er hat ihn in seiner Angelegenheit ein paarmal besucht, und die Aehnlichkeit zwischen Leopold und mir fiel ihm auf. Darum spähte er auch gewiß so vorsichtig in den Wartesaal, ehe er hereinkam! Er hat ein böses Gewissen, das bezeugt auch das unsicher blickende Auge, o, es ist eine entsetzliche Entdeckung, Tante Doris! Zu denken, daß ein Unschuldiger im Gefängnis schmachtet, mit der Schmach eines so gräßlichen Verdachts belastet, während der wahrhaft Schuldige vielleicht im Begriffe ist, sich der Strafe und Verfolgung zu entziehen!"

„Vielleicht ist das der Fall — der Herr begibt sich ins Ausland und wir haben das Nachsehen. Gerade seine Flucht wäre ein weiterer Beweis gegen ihn," murmelte der Baurat.

„So glauben Sie, Claar, daß Ursache zu begründetem Verdacht gegen diesen Möllenscheidt vorhanden ist?

„Gewiß, Verehrteste — für einen so ersten Fall Veranlassung genug, ein Einschreiten zu rechtfertigen."

„Was kann ich tun, Herr Claar? O raten Sie mir," flehte Wera, „wenn er wirklich der Mörder wäre und entkäme —"

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Johs. Stelling. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck